



BLICKWINKEL

Politisches Magazin der AfD-Fraktion NRW

QUO VADIS, EUROPA?

Deutschland und Europa
am Scheideweg



**Kommunal
Plattform**

AfD-Fraktion im LVR
Yannick Noe
Kennedy-Ufer 2
50769 Köln
www.afd-im-lvr.de



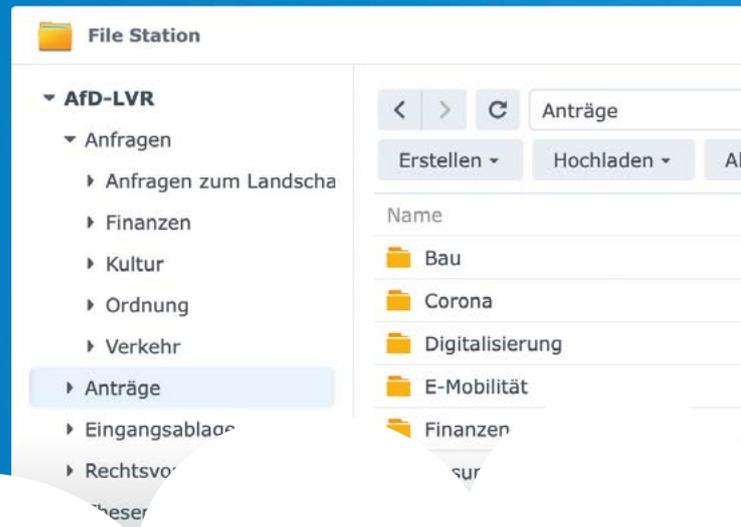
Kommunalplattform

Die kommunale Austauschplattform

Registrieren Sie sich als Mandatsträger für unsere Kommunalplattform und profitieren Sie von sortierten Inhalten, einer Volltextsuche und einer stetig wachsenden Datenbank:
www.afd-im-lvr.de/kommunalplattform



- 1** Zugang beantragen
- 2** Wir prüfen Ihre Anmeldung
- 3** Zugriff auf AfD-Plattform



**BESSERE KAMPAGNEN
MEHR ZUSAMMENARBEIT**

Editorial

DR. MARTIN VINCENTZ
MITGLIED DES LANDTAGS
FRAKTIONS-VORSITZENDER



Quo vadis, Europa?

Dieses Jahr steht endlich wieder eine bundesweite Wahl an. Der Unterschied zu einer normalen Wahl ist allerdings offensichtlich: Der Sieger steht bereits fest. Hatte man sich bei der letzten EU-Wahl noch Mühe gegeben, zwischen Manfred Weber (CSU/EVP) und Frans Timmermans (Sozialdemokraten) einen ‚Präsidentschaftswahlkampf‘ um den Posten des EU-Kommissionspräsidenten zu inszenieren, überspringt man den Wahlkampf diesmal einfach.

Was damals die Leute für das Retortenprodukt der EU-Wahl begeistern sollte, endete nämlich als Offenbarungseid. Weder Weber noch Timmermans, die sich über Wochen hinweg Mühe gegeben hatten, Unterschiede zwischen ihren Positionen zu finden und den EU-Wählern begreiflich zu machen, wurden am Ende mit dem Amt betraut. Der vermeintliche Sieger Manfred Weber war dem Vernehmen nach nicht frankophil genug. Das erzählt man sich jedenfalls im Brüsseler Buschfunk. Am Ende fiel die Wahl für das mächtigste Amt in der EU auf Ursula von der Leyen, eine wenig erfolgreiche deutsche Ministerin, die mit der EU-Wahl absolut nichts zu tun hatte.

Was man vorher mit viel Pathos aufgeblasen hatte, geriet zum Lehrstück darüber, wer in der EU wirklich das Sagen hat: die Hinterzimmer, nicht die Wähler. Weil diese Hinterzimmer sich auch jetzt einig zu sein scheinen, dass von der Leyen den Job weitermachen soll, wird es

höchstwahrscheinlich so kommen. Vielleicht überlegt man sich nach der Wahl auch etwas anderes. Einer, das steht fest, wird in die Entscheidungsfindung nicht einbezogen: Sie als Bürger.

Zwar wird auch bei uns zwischen Rhein und Ruhr immer gebetsmühlenartig das ‚gemeinsame Europa‘ beschworen, viel mehr als Sonntagsreden von Politikern bleiben davon aber nicht übrig. „Europa den Europäern, nicht den Bürokraten!“ – das ist der Konsens der patriotischen Kräfte in Düsseldorf und auch im gut 200 Kilometer entfernten Brüssel. Uns alle eint der Wunsch nach einem sicheren Europa mit schlanken Strukturen und freiem Handel. Die Freizügigkeit innerhalb der EU ist ein hohes Gut. Europa mag unser gemeinsames Haus sein, aber auch jemand, der die Türen in seiner WG aushängt, braucht immer noch eine sichere Haustür. Wer sich die Kriminalitätsraten in NRW anschaut, der weiß: Vor allem wir hier würden davon profitieren.

Und lassen Sie sich nicht hinter die Fichte führen: Freier Handel und sichere Grenzen sind kein Widerspruch.

Ihr

Martin Vincentz

Editorial

von Dr. Martin Vincentz
Fraktionsvorsitzender

3

THEMEN

Deutschland und NRW
der kranke Mann Europas

6 – 7

CO₂-Zoll Klimarettung
oder Industriezerstörung?

8 – 9

Strebt die EU die Verjüngung
des europäischen
Fahrzeugbestands an?

12 – 13

Wer hat die Bauern verraten?
Christdemokraten!

21 – 23

Weshalb Nordrhein-Westfalen
sich jetzt als Forschungsstandort
für Makrokriminalität
etablieren sollte

34 – 35

Schulhof im Wandel –
Wenn sich Islamismus
ausbreitet

36 – 37

Ehering statt
Erholung

38 – 39

Es gibt ein
deutsches Volk.

40 – 41



TITELTHEMA

Quo vadis, Europa?

Deutschland und Europa
am Scheideweg

Seite 16 – 20

Die Landtagsfraktion der AfD Nordrhein-Westfalen

besteht aus 12 Abgeordneten, die eine große Bandbreite von Aufgaben und Themen im Bereich der Landespolitik bearbeiten. Wir könnten dies alles ohne unsere Referenten, Unterstützer und den Rückhalt der Partei nicht schaffen.

Deswegen möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren Referenten bedanken, die neben der täglichen parlamentarischen Arbeit an der Fertigstellung der Blickwinkel-Ausgabe grundlegend beteiligt waren:

Christer Cremer, Dominik Ebenberger, Jörg Feller, Dominic Fiedler, Tobias Großbölting, Daniel Kaltenborn, Maik Klaus, Maximilian Kneller, Iwar Matern, Lisa-Kristin Oheim, Elmar Salinger, Maximilian Schmitz



Mogelpackung „Neues Europäisches Bauhaus“

Transformation oder echte Nachhaltigkeit?

Seite 14 – 15



Loot-Boxen erziehen unsere Kinder zum Glücksspiel – und die EU schaut zu

Seite 24 – 25

INTERNATIONALES

Wie viel Macht soll die großteils privat finanzierte WHO haben? 10 – 11

AfD-FRAKTION IM LVR

Gegen die Erhöhung der LVR-Landschaftsverbandumlage 26 – 27

Frühjahrsempfang der AfD-Fraktion im LVR 28

Kommunalpolitiker des Jahres 29

WER WIR SIND

Porträt Im Gespräch mit Enxhi Seli-Zacharias 30 – 33

DEUTSCHE GESCHICHTE

Die Montanunion 42 – 45

KURZ NOTIERT

Kurznotizen unserer Landtagsabgeordneten 46 – 47

COMIC

Das Spukschloss am Rhein 48 – 49

GRUSSWORT HARALD VILIMSKY

Den Staaten Europas ihre Souveränität und Identität bewahren 50

Impressum 51



DR. HARTMUT BEUCKER, MDL
SPRECHER FÜR HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Deutschland und NRW der kranke Mann Europas

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat vor kurzem einräumen müssen, dass das Wirtschaftswachstum 2024 dramatisch schlecht sein wird. In diesem Jahr wird die Wirtschaft nur um 0,2 Prozent wachsen. Ursprünglich hatte die Ampelkoalition mit dem vermeintlichen Insolvenzexperten Habeck noch mit 1,3 Prozent gerechnet. Auch das wäre schon alles andere als ein Traumwert. Herr Habeck scheint dies mit Aussagen wie „So können wir nicht weitermachen“ selbst zu erkennen. Er hat aber offenbar keine wirklichen Lösungen außer der Forderung nach einer Lockerung der Schuldenbremse. Die Zahlen sind umso erschreckender, wenn man bedenkt, dass die deutsche Wirtschaft 2023 um 0,3 Prozent geschrumpft ist. Wir wachsen also noch nicht mal aus einer Rezession heraus. Die Europäische Union sagt für Deutschland in diesem und im kommenden Jahr das niedrigste Wachstum der gesamten Euro-Zone voraus. Das sind die Folgen grüner Wirtschaftspolitik.

Deutschland ist wieder der kranke Mann Europas. Ein Grund dafür sind die hohen Energiepreise. Dabei scheint die Bundesregierung bewusst zu verschweigen, dass man selbst das Problem mit der dümmsten Energiepolitik herbeigeführt hat.

Was heißt das für Nordrhein-Westfalen? Der Landeshaushalt 2024 wurde zu einer Zeit aufgestellt, als man noch mit anderen Wachstumswahlen rechnete. Der Haushalt 2023 schließt mit einem minimalen Überschuss von 44 Millionen Euro. Die Landesregierung hatte dabei das Glück, dass etwa dank nicht besetzter Stellen 535 Millionen Euro im Personalbereich eingespart werden konnten. Allerdings wurden außerhalb des Kernhaushalts Kredite im sogenannten Sondervermögen zur Bewältigung der Ukraine-Krise aufgenommen.

Leider wird diese rein ideologisch getriebene Bundesregierung ihren Kurs nicht ändern. Echter Widerstand ist von einer Landes-

regierung aus CDU und Grünen auch nicht zu erwarten. CDU-Distanzierungsversuche von den Grünen sind schon deshalb wenig glaubwürdig.

Auf der Bundesebene sollte man nicht von Defiziten im Regierungshandwerk oder gar Dummheit ausgehen – das ist pure Absicht. Die FDP will offenbar noch die volle Legislaturperiode mit Privilegien auskosten, bevor sie aus dem Bundestag fliegt, statt das Elend zu verkürzen und schon 2024 aus der Regierung und nach Neuwahlen aus dem Parlament auszusteigen. CDU und Grüne machen es nicht besser in Nordrhein-Westfalen.

Günstige Energie ist nicht in Sicht: Billiges Gas aus Russland wird es nicht geben, die Kernkraftwerke befinden sich im Rückbau und die Kohle soll auch weg. Das heißt für Nordrhein-Westfalen, dass sich das deutsche Industrieland Nr. 1 nicht von den gewaltigen Konjunkturproblemen freimachen wird. Die grüne Wirtschafts-

nisterin Neubaur will den Kohleausstieg sogar noch vorziehen. Deutschland insgesamt wird als Lokomotive für Europa bis auf Weiteres ausfallen. Die Steuereinnahmen werden zurückgehen. Wie Bürgergeld und Co. finanziert werden sollen, bleibt rätselhaft!

Die AfD ist auch bei den Beratungen zum Landeshaushalt 2024 für Ausgabendisziplin eingetreten. Dabei haben wir Einsparvorschläge von gut 900 Millionen Euro gemacht: allein 310 Mio. Euro weniger für ideologische Klimaschutzmaßnahmen, Nettokürzungen von über 100 Mio. im Integrationsbereich und 30 Mio. bei den ‚Heimatprojekten‘ einer Regierung, die nicht mal den Begriff ‚Heimat‘ definieren kann. Darüber hinaus wollten wir auch Mittel für ideologische Gesellschaftspolitik um netto 29 Mio. kürzen. Der Bereich Europa und Internationales wäre von uns aus ebenfalls um knapp 7 Mio. Euro gekürzt worden – das wäre nicht viel, aber immerhin 61 Prozent der geplanten Mittel.

Damit wollten wir es ermöglichen, auf die Entnahme von 343 Millionen Euro aus dem Pensionsfonds, der eisernen Reserve des Landes, zu verzichten. Zudem wollten wir ein Sonderprogramm von 150 Mio. für Kinderkliniken sowie 73 Mio. Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen. Selbstverständlich wurden alle AfD-Änderungsanträge abgelehnt.

Mit zusätzlichen Steuereinnahmen kann auf keiner staatlichen

Ebene gerechnet werden, außer man würde die Steuern noch weiter erhöhen, was Gift für die Konjunktur wäre. Steuereinnahmen steigen normalerweise nicht bei abnehmendem Wachstum. Die Grünen wollen lieber mehr Klima-Gedöns, die SPD immer noch mehr Sozialstaat. Der Abbau der Bürokratie wird einfach nicht durch Parteien erfolgen, die die Volkswirtschaft am liebsten nach planwirtschaftlichen Kriterien leiten möchten. Die FDP wird zwar ein wenig blockieren, aber schlussendlich doch wieder mitmachen. Und die Folgen der dümmsten Energiepolitik der Welt, initiiert von der Merkel-CDU, werden wir alle leider weiter tragen müssen.

“ Anders als etwa bei Griechenland wird es für uns auch keine Rettung durch andere Länder geben ”

Wir sind gespannt, ob die Planungen der Landesregierung angesichts des sich abschwächenden Wirtschaftswachstums überhaupt zu halten sein werden. Deutschland schwächelt – und damit auch das größte Bundesland NRW. Anders als etwa bei Griechenland wird es für uns auch keine Rettung durch andere Länder geben. Nur ein politischer Richtungswechsel, getragen von einer starken AfD, kann das ändern.



CHRISTIAN LOOSE, MDL
SPRECHER FÜR WIRTSCHAFTS-, INDUSTRIE-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

CO₂-Zoll – Klimarettung oder Industriezerstörung?

„CBAM“ ist eine der vielen Brüsseler Erfindungen, die uns das Leben schwer machen. Die Abkürzung steht für „Carbon Border Adjustment Mechanism“ bzw. CO₂-Grenzausgleichssystem – nichts anders als ein neuer Einfuhrzoll!

Dieser Einfuhrzoll betrifft große Teile der deutschen Industrie. Seit dem 1. Oktober 2023 müssen Unternehmen für viele wichtige Produkte CO₂-Meldungen machen, wenn sie aus Nicht-EU-Staaten importiert werden. Dazu gehören Eisen, Stahl, Zement, Aluminium, Elektrizität, Düngemittel, Wasserstoff und viele andere Produkte.

Beispiel: Ihr Baumarkt kauft 1 Mrd. Schrauben in China. Er muss nun den CO₂-Fußabdruck der Herstellung ermitteln und herausfinden, wie hoch die CO₂-Abgaben des Herstellers in China ist. Beides muss er gewissenhaft in jedem Quartal in einem Bericht erfassen!

Melden ab 2024 – zahlen ab 2026!

Die Unternehmen mussten ihre erste Meldung bereits Ende Januar 2024 abgeben. Das war aber meist gar nicht möglich, da die Brüsseler Regierungsplattform aufgrund ‚technischer Probleme‘ versagte.

Ab 2026 kommt zu den Berichten noch ein Strafzoll hinzu. Für die Ermittlung des Zolls wird berechnet, wie hoch die Kosten für die CO₂-Emission in der EU wären, was mit den Kosten im Nicht-EU-Land verglichen wird.

Für die Herstellung der 1 Mrd. Schrauben entsteht in China beispielsweise ein CO₂-Fußabdruck von 18.000 t CO₂ – im effizientesten Deutschland nur 15.000 t CO₂. In China beträgt der Preis für die Emission nur 10 € pro t CO₂, in Deutschland dagegen 80 € pro t CO₂. Ihr Baumarkt muss dann gemäß den Plänen eine Strafzahlung von etwa 1 Mio. € zahlen, wenn er es wagt, die Schrauben aus China zu kaufen.

Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM:



Die CO₂-Strafen müssen ab dem Jahr 2026 anteilig, ab dem Jahr 2034 vollständig gezahlt werden.

Tod unserer Industrie durch Klimakapitalismus

Die EU argumentiert, sie müsse uns und unsere heimische Wirtschaft vor dem klimasündenden Ausland schützen – und natürlich damit das Weltklima retten.

Doch genau das wird nicht passieren. Die erfinderischen Chinesen oder Inder werden ‚grüne‘ Zertifikate für ihre in die EU gelieferten Produkte herstellen. So werden der Stahl bzw. in unserem Beispiel die Schrauben auf dem Papier völlig CO₂-frei mit Strom aus Wasserkraft oder Kernenergie produziert – der CO₂-Fußabdruck ist damit Null! Die Strafzahlung entfällt und der deutsche Hersteller schaut im Wettbewerb dank der heimischen CO₂-Abgaben in die Röhre.

Unsere deutsche Industrie wird unter diesem Klimakapitalismus der EU leiden. Durch die hohen CO₂-Preise in der EU werden die Stahlherstellung und ein Verkauf der Produkte in die USA oder nach Afrika im weltweiten Wettbewerb erschwert. So bleibt unseren Unternehmen nur die Abwanderung oder die Mitnahme von dauerhaften Subventionen.

ThyssenKrupp erhält beispielsweise 2 Mrd. Euro für die Herstellung von ‚CO₂-neutralem‘ Stahl – allein 700 Mio. Euro vom

Land Nordrhein-Westfalen. BASF verlagert schon Produktion nach China. 16 Prozent der Unternehmen des industriellen Mittelstandes sind derzeit dabei, Arbeitsplätze und Teile ihrer Produktion ins Ausland zu verlagern, so eine Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Weitere 30 Prozent tragen sich konkret mit Abwanderungsgedanken.

Der freie Welthandel leidet

Gerade als starke Exportnation profitiert Deutschland von einem möglichst freien Handel ohne Beschränkungen. Die neuen CO₂-Zölle der EU – korrekt heißen sie „nichttarifäre Handelshemmnisse“ – werden diesen Handel mit anderen Nationen erschweren.

“ **Wieder mal wird klar: Die EU ist kein Garant für Freiheit, sondern ihr stärkster Gegner!** ”

China und die USA werden mit eigenen Schutzzöllen für Produkte aus der EU antworten. Damit ist eine neue Abschottung der Märkte zu erwarten, so wie wir sie damals in der DDR gesehen haben.

Wieder mal wird klar: Die EU ist kein Garant für Freiheit, sondern ihr stärkster Gegner!

Für Freiheit, Wohlstand und Vernunft.



DR. MARTIN VINCENTZ, MDL
FRAKTIONSVORSITZENDER
SPRECHER FÜR ARBEITS-, GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK

Wie viel Macht soll die größtenteils privat finanzierte WHO haben?

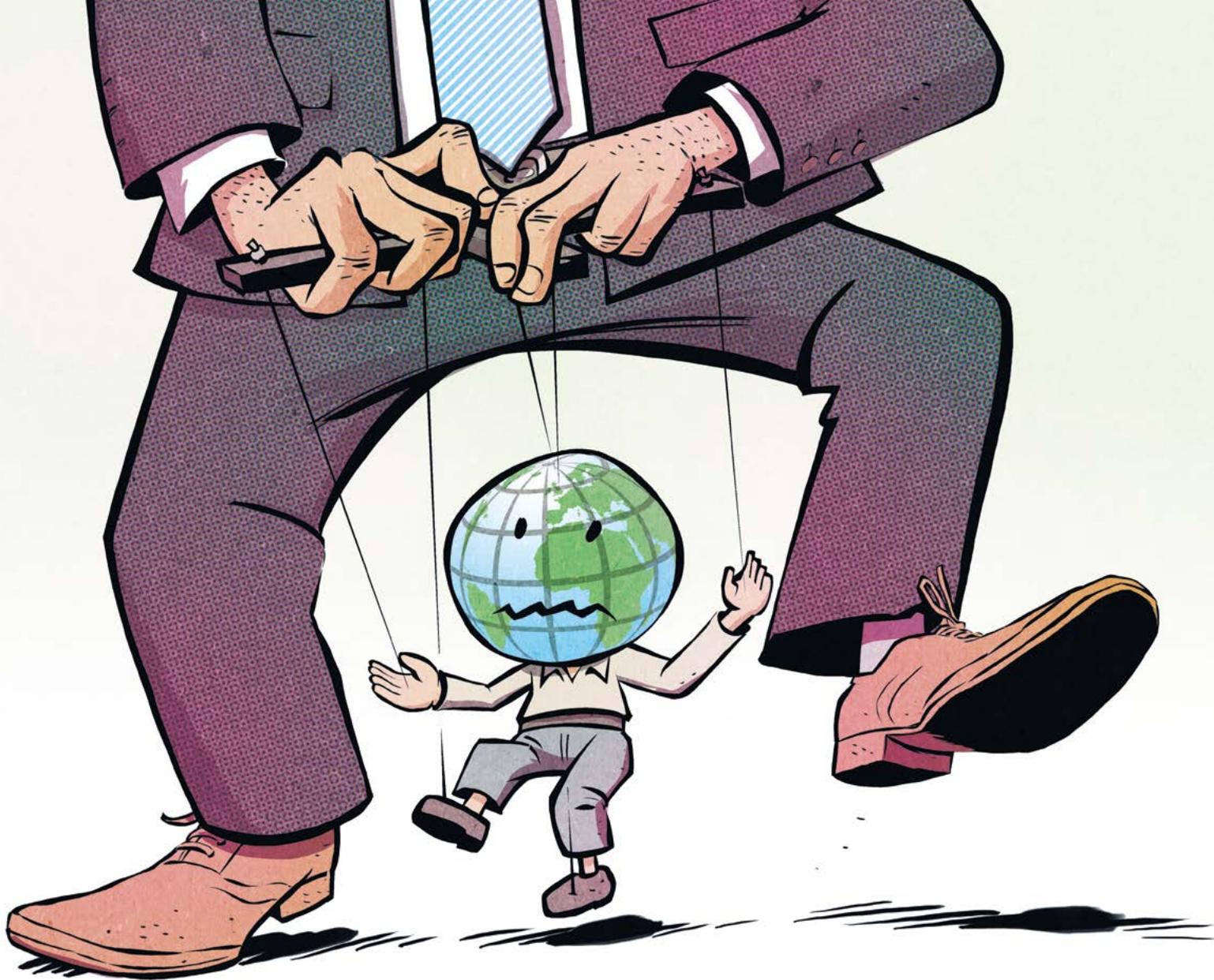
Die Weltgesundheitsorganisation, kurz WHO, agiert als Spezialorganisation der Vereinten Nationen, die das Recht auf Gesundheit als Grundrecht des Menschen definieren. Sie hat ihren Sitz in Genf und eine Mitgliedschaft in der Organisation steht allen Staaten offen. Die Mitgliedstaaten der WHO entrichten Mitgliedsbeiträge, die sich nach ihrer Zahlungsfähigkeit bemessen. Dies soll allen Staaten die Teilhabe ermöglichen, da es Ziel der Organisation ist, die Gesundheit auch in Ländern ohne hohen Lebensstandard zu sichern. Damit werden demokratische Verhältnisse suggeriert von einer Organisation, die zum Wohle aller unter Einfluss der Gemeinschaft agiert.

Ein genauerer Blick auf das Gesamtbudget der Organisation lässt jedoch eben an diesem Aspekt zweifeln. So standen für den Zeitraum 2018/19 rund 4,42 Mrd. US-Dollar zur Verfügung, von denen gerade mal 15–20 % reguläre Beiträge der Mitgliedstaaten sind – der Rest sind sogenannte „freiwillige Zahlungen“. Dies kann vieles beinhalten, von zusätzlichen Zahlungen von WHO-Mitgliedern über Geldströme aus Nicht-Mitgliedern bis hin zu Zahlungen aus der Wirtschaft oder anderen privaten Quellen.

Das Prekäre an der Situation ist, dass diese zusätzlichen Gelder zu über 90 % zweckgebunden sind. Die Weltgesundheitsorganisation darf also nicht autonom über die Verwendung ihrer Mittel und damit über ihre Arbeitsweise entscheiden, sondern wird durch ihre Geldgeber fremdgesteuert. Dies wird als besonders kritisch angesehen, weil die Befugnisse der WHO weit über die anderer globaler Institutionen hinausgehen. So kann sie per Mehrheitsbeschluss der Mitgliederversammlung mit hartem Recht global regulieren. Die internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO, einer weitestgehend privat finanzierten Organisation, sind demnach in den Mitgliedstaaten bindendes Recht.

Dies war jedoch Grund genug für die WHO, Bestrebungen für einen sogenannten Pandemievertrag zu initiieren

Die Coronapandemie, welche ihren Ursprung im Jahr 2019 hatte, traf die Welt anscheinend weitestgehend unvorbereitet. Die einzelnen Staaten schienen willkürlich Maßnahmen zu erlassen, und Deutschland zeigte beispielhaft, dass es nicht einmal national gelang, einheitliche Strategien durch-



zusetzen. All dies muss nicht zwingend negativ proklamiert werden, wenn man berücksichtigt, dass unterschiedliche geografische und demografische Strukturen unterschiedliche Herangehensweisen bedingen. Dies war jedoch Grund genug für die WHO, Bestrebungen für einen sogenannten Pandemievertrag zu initiieren.

Selbst abgesehen davon, dass uns die Coronapandemie verdeutlicht hat, dass es sich bei Politikern nicht zwingend um Experten handelt

Ein internationales Übereinkommen zur Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion als völkerrechtlich rechtsverbindlicher Vertrag unter dem Schirm der WHO, die, wir erinnern uns, zu einem großen Teil privat finanziert wird. Er soll Regeln beinhalten, welche für eine bessere Wach-

samkeit und Vorbereitung der Länder auf eine Pandemie sorgen, und es soll Anleitungen für ein koordiniertes Vorgehen im Falle einer Pandemie geben.

Selbst abgesehen davon, dass uns die Coronapandemie verdeutlicht hat, dass es sich bei Politikern nicht zwingend um Experten handelt, die eine solche Situation richtig einschätzen und entsprechend agieren können, sollte die Frage erlaubt sein, wie viel politischen Einfluss eine globale Organisation an den Parlamenten der Nationalstaaten vorbei auf das Leben eines jeden Einzelnen von uns haben darf – insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich wirtschaftliche Interessen hinter zweckgebundenen Geldströmen unter dem Deckmantel der „Gesundheit als Menschenrecht“ einen Weg in unser Rechtssystem bahnen.

STREBT DIE EU DIE VERJÜNGUNG DES EUROPÄISCHEN FAHRZEUGBESTANDS AN?

Wracks alter Automodelle, Schrottplatz in NRW

Quelle: IMAGO/imagebroker



KLAUS ESSER, MDL
STELLV. FRAKTIONSSPRECHER
VERKEHRSPOLITISCHER SPRECHER

Im Sommer 2023 legte die EU-Kommission eine Verordnung für das Recycling von Fahrzeugen vor, die aufgrund des Zeitpunkts zunächst weitgehend unbeachtet blieb. Zum Jahresende tauchten dann Berichte auf, die von Zwangstilllegungen von Oldtimern und älteren Fahrzeugen sprachen. Mit Schlagzeilen wie „Jetzt kommt das EU-Altauto-Verbot“ (Achse des Guten) wurde das Verbot der Aufbewahrung von Altautos durch die EU beschworen.

Die EU-Kommission sah sich – wohl auch mit Blick auf den anstehenden Europawahlkampf 2024 – zu einer Gegendarstellung bemüht und schrieb zum vermeintlichen Zwang der Verschrottung von Fahrzeugen im eigenen Newsletter: „Das ist falsch. Egal, wie alt das Auto sein mag – solange es die im jeweiligen Land geltenden Vorschriften erfüllt, kann es repariert und genutzt werden.“

Kritiker der EU-Pläne haben generell die Entwicklung bei alten Autos im Blick, die zu Oldtimern werden könnten. Wenn bei diesen Fahrzeugen an den Regularien und Genehmigungen geschraubt wird, kann bei fehlendem TÜV oder einem fehlenden Karosserieteil schnell eine Verschrottungsanordnung die Folge sein.

“ Solange es die im jeweiligen Land geltenden Vorschriften erfüllt ”

Insofern ist der Einschub „solange es die im jeweiligen Land geltenden Vorschriften erfüllt“ auffällig: Vorschriften sind nicht in Stein gemeißelt und

können im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren neu gestaltet werden. So liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die geplanten Vorschriften zu dem führen könnten, was manche Kritiker vermuten: Vollumfänglich funktionsfähige, nutzbare Fahrzeuge und Liebhaberstücke könnten außer Verkehr gezogen werden. Die EU-Pläne wurden vom Green-New-Deal-Protagonisten Frans Timmermans wie folgt kommentiert: „In den nächsten Jahren werden immer mehr emissionsfreie Fahrzeuge auf den Markt kommen.“ Das macht das Ansinnen, den Fahrzeugbestand zu verjüngen, deutlich.

Für die europäischen Ökosozialisten sind eine auf Elektromobilität basierende Verkehrswende und die Erzwingung einer veränderten individuellen Mobilität von zentraler Bedeutung. Wie diese erzwungene Verjüngung mit dem propagierten Nachhaltigkeitsgedanken der selbsternannten grünen ‚Klimaretter‘ in den europäischen Schaltstellen der Macht zu vereinbaren ist, muss angesichts der erwähnten Pläne ein Geheimnis bleiben. Gelebte Nachhaltigkeit bedeutet die beständige Instandsetzung und Pflege bewährter Fahrzeuge, die noch immer voll umfänglich nutzbar sind. Schrottplätze sind häufig Wertstoffhöfe, die alles bereithalten, um ein altes Auto weitere zehn Jahre treue Dienste verrichten zu lassen. Diesen Recyclinghändlern könnte mit den EU-Plänen zur Fahrzeugflottenverjüngung ganz nebenbei die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden.

Die AfD-Fraktion NRW lehnt eine ideologisch geleitete Politik ab, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder gar verbietet. Der EU dürfen keinesfalls weitere Kompetenzen zur Vereinheitlichung der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik eingeräumt werden. Voll funktionsfähige Fahrzeugen schrittweise in eine Entsorgung zu zwingen, ist alles andere als nachhaltig – es ist weder ressourcenschonend noch wirtschaftlich sinnvoll und daher abzulehnen.



MOGELPACKUNG

„Neues Europäisches Bauhaus“

Transformation oder echte Nachhaltigkeit?



CARLO CLEMENS, MDL
SPRECHER FÜR BAUEN UND WOHNEN

„Neues Europäisches Bauhaus“ (NEB) nennt sich eine in die EU-Wachstumsstrategie „European Green Deal“ eingebettete Initiative, die 2020 ins Leben gerufen wurde. Ein Ziel des Deals sind rechtliche Grundlagen, um Europa bis 2050 ‚klimaneutral‘ zu gestalten. Das NEB hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, Architekten, Stadtplaner und Kreative einzubinden, um Empfehlungen für ästhetische und vermeintlich klimafreundliche urbane Räume zu entwickeln. Jährlich werden Preisgelder für ausgewählte Bauprojekte vergeben.

Die schwarz-grüne Landesregierung hat angekündigt, ein „Nordrhein-Westfalen Netzwerk Europäisches Bauhaus“ ins Leben zu rufen, um „innovative Stadtentwicklungsprojekte“ in „Gebieten mit Erneuerbaren Energien“ zu fördern. Da sich die Diskussion im Rahmen derzeit noch dominanter Diskurse bewegt, sind aber kaum ästhetische Impulse zu erwarten. Auf der Projektseite des NEB sind bereits zahlreiche Beispiele realer Resultate zu sehen, die sich optisch kaum von den üblichen Flachdachblöcken mit Rasterfassade unterscheiden.

Das Problem beginnt mit der Namensgebung. Das auf forcierte Industrialisierung setzende Bauhaus der Zwischenkriegszeit bevorzugte Baustoffe wie Beton, Stahl und Glas. Im Gegensatz dazu dreht sich die ökologische Diskussion heute um Holz und Lehm. 2021 wahrte selbst das damals zuständige Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eine gewisse Distanz zum historischen Bauhaus und wollte den Begriff allgemein als „Narrativ des Aufbruchs“ verstanden wissen. Dennoch prägt die Bauhaus-Ästhetik die Umsetzungen.

Viele NEB-Anregungen, etwa zur Sparsamkeit, sind durchaus richtig. Ein Positionspapier fordert etwa die Anwendung und Weiterentwicklung historischen Wissens: „Bei der Bestandsentwicklung kann es keine Standardlösungen geben, sondern die

Identität, die historischen und baukulturellen Werte, Heimat sowie der Charakter bestehender Orte müssen bei der Gestaltung Beachtung finden.“ Das kann durchaus in einem konservativen, heimatbejahenden Sinn interpretiert werden. Doch der Teufel steckt im Detail. So spricht das Papier von der „Transformation des Gebäudebestands“ in Richtung „Klima- und Treibhausneutralität“. Das kann zu weiteren Eingriffen in künstlerisch wertvolle Gebäude führen. Schon heute werden nicht-denkmalsgeschützte Stuckfassaden für Wärmedämmung abgeschlagen. In NRW werden selbst denkmalgeschützte Gebäude forciert für Solaranlagen freigegeben.

Bei den klimatechnischen Umbaumaßnahmen wird eine „gerechte Verteilung der finanziellen Lasten“ angemahnt. Das kann auch bedeuten, dass Eigentümern enorme, als „gerecht“ klassifizierte Kosten aufgebürdet werden. So ist von der „Bezahlbarkeit des Wohnens“ die Rede, nicht von der wirtschaftlichen Unterhaltung von Wohnraum. Es droht eine finanzielle Überforderung kleiner Vermieter.

Außerdem verlautbart das Positionspapier, der ökologische Fußabdruck der Bürger habe sich trotz Neuerungen nicht verkleinert, weil sie ihren Lebensstandard ständig aufrüsten, u. a. durch größere Wohnflächen. Es droht die Konsequenz, Bürgern die Größe ihrer Wohnung vorzuschreiben. Der Traum vieler junger Familien vom Eigenheim würde damit zur Klimasünde.

Das „Neue Europäische Bauhaus“ ist eine Mogelpackung. Die Grüne Transformation wird wohlklingend verpackt. Die AfD sieht die zunehmende Verödung durch monotone Zweckarchitektur mit Sorge. Die regionale Baukultur mit heimischen Materialien und traditionellem Wissen sollte als wirklich nachhaltiges Leitbild dienen – nicht technokratische Kopfgeburten aus Brüssels Elfenbeinturm.



SVEN W. TRITSCHLER, MDL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
SPRECHER FÜR EUROPA UND INTERNATIONALES

QUO VADIS, EUROPA?

Deutschland und Europa am Scheideweg

Eigentlich ist er ja aus der Mode gekommen: der Scheck. Im Zeitalter von Bitcoin und Onlinebanking wirkt die Übergabe kleiner Zettel ungewissen Werts antiquiert. Beliebt ist der Scheck aber weiterhin im Großformat, gerade auch bei Politikern. Damit kann man steuerfinanzierte Wohltaten ans Volk verteilen und sein Gesicht pressegerecht in die Kamera halten.

Die CDU NRW institutionalisierte diese Einrichtung mit dem sogenannten ‚Heimatscheck‘ – sie ist aber auch auf hartnäckige Nachfragen nicht in der Lage, den Begriff der Heimat hinreichend zu definieren. Der Strauß der geförderten Projekte ist entsprechend bunt: 2023 wurde beispielsweise in Wuppertal das Projekt „Decolonize Wuppertal“ mit einem Heimatpreis ausgezeichnet und ein Frauennetzwerk für eine „Tanzdemo zum Feministischen Kampftag“.

Die Begeisterung für das mehr oder weniger sinnfreie Werfen mit Schecks hat auch die Grünen als Koalitionspartner der CDU ergriffen. So gibt es seit Beginn der Legislaturperiode den Umweltscheck, der sicherlich einiges an Stilblüten hervorbringen wird. Vielleicht kann bald der eine oder andere Umweltbewegte seinen Komposthaufen zum Insektenhotel umdeklariert und bekommt dafür einen Scheck.

Da ist es nur folgerichtig, dass im vergangenen November der nächste Scheck an den Start ging: der Europascheck. Wie bei anderen politischen Ausschreibungen wird der Erfolg an der Zahl der Anträge gemessen. Der CDU-Europaminister Nathanael Liminski freute sich ob der großen Zahl der Bittsteller aus dem ganzen Land und erklärte auch ganz ungeniert, worum es geht: „Das ist ein starkes Signal vor der Europawahl. Wir lassen demokratie- und europafeindlichen Strömungen nicht das letzte Wort. Europa ist und bleibt ein Projekt der Vielfalt.“

Man kennt es inzwischen. Alle paar Jahre, wenn es auf die Wahlen zum EU-Parlament zugeht, herrscht bei Bildungseinrichtungen, staatlichen Stellen, der Mainstream-Presse und nicht zuletzt den gebührenfinanzierten ‚öffentlich-rechtlichen‘ Staatsmedien rege Betriebsamkeit: Der Bürger muss für die Segnungen des Brüsseler ‚Friedensprojekts‘ begeistert werden und seine Zustimmung bei der EU-Wahl erstens durch Teilnahme und zweitens durch Wahl einer ‚europafreundlichen‘ Partei erklären. Selbst Pulse of Europe versucht, seine inhaltsleeren Flaggen-schwenker zu reaktivieren.

Dass insbesondere die Deutschen dem EU-Projekt überwiegend gleichgültig bis positiv gegenüberstehen, ist einer Reihe von Faktoren zu verdanken. Eine gro-

WEITER »»»





ße Rolle spielt sicherlich die jahrzehntelange Umerziehung und das resultierende gestörte Verhältnis zur eigenen Nation. Nur in Deutschland findet man Leute, die sich zuerst als Europäer betrachten und dann als Deutsche. Fragen Sie mal einen Franzosen oder Italiener, wie die das sehen!

natlich von Brüssel nach Straßburg wandert und wieder zurück. Es gäbe also eigentlich genug Gründe, sich aufzuregen, aber an den meisten Bürgern geht das alles überwiegend vorbei. Denn trotz aller PR-Bemühungen interessiert sich kaum jemand für die Tätigkeit des Parlaments.

übergegangen, ‚Spitzenkandidaten‘ für die Wahl des Kommissionspräsidenten auszurufen. Für die Christdemokraten stieg letztes Mal der CSU-Mann Manfred Weber in den Ring, für die Sozialdemokraten der Niederländer Frans Timmermanns. Ihr relativer Wahlerfolg hinderte die Christdemokraten in den anschließenden Verhandlungen aber nicht daran, Weber abzuservieren und durch Ursula von der Leyen zu ersetzen, die zuvor im Wahlkampf überhaupt keine Rolle gespielt hatte.

Für die Christdemokraten stieg letztes Mal der CSU-Mann Manfred Weber in den Ring, für die Sozialdemokraten der Niederländer Frans Timmermanns. Ihr relativer Wahlerfolg hinderte die Christdemokraten in den anschließenden Verhandlungen aber nicht daran, Weber abzuservieren und durch Ursula von der Leyen zu ersetzen, die zuvor im Wahlkampf überhaupt keine Rolle gespielt hatte

An dieser Stelle wäre es ein Trugschluss, weitere Machtverlagerungen hin zum Parlament zu verlangen, um so die EU vermeintlich zu demokratisieren. Davor kann man nur warnen! Tatsächlich ist die andere Säule der Macht, der Europäische Rat mit Vertretern der nationalen Regierungen, näher an den Bürgern der Mitgliedstaaten. Auch wenn die deutsche Bundesregierung alles andere als ein rühmliches Beispiel ist, sind die Regierungsvertreter mehr oder weniger vom Vertrauen des nationalen Parlaments abhängig und eher geneigt, die Interessen ihrer Heimat zu vertreten.

Dass die deutsche Wahlbeteiligung bei Europawahlen regelmäßig zwar nicht so katastrophal wie anderswo, aber trotzdem eher mau ist, liegt vermutlich weniger an einer EU-skeptischen Haltung der Deutschen, sondern daran, dass jeder inzwischen bemerkt hat, dass es sich beim EU-Parlament um eine Operettenveranstaltung handelt. Das beginnt mit einer absurden Verzerrung der Stimmgewichte: In Deutschland teilen sich rund 850.000 Bürger einen Abgeordneten, in Malta sind es 66.000. Dann gibt es gähnend langweilige Debatten vor gähnend leeren Sitzreihen. Wie blanker Hohn muss es jedem Steuerzahler vorkommen, dass der gesamte Riesenapparat mo-

Das EU-Parlament hat zwar inzwischen in vielen Bereichen formal ein gewichtiges Wort, aber davon merkt man wenig. Es gibt eine große De-facto-Koalition aus Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen, die alles unter sich ausmachen. Die europäische Rechte ist leider immer noch in mehrere Fraktionen zersplittert und daher weniger mächtig, als sie es sein könnte.

Die Altparteien haben europaweit erkannt, dass das Desinteresse der Bürger wohl auch daran liegt, dass gar kein wirklicher Wettbewerb der verschiedenen politischen Strömungen stattfindet. Zur Tarnung ist man dazu

Der Europäische Rat hat gegenüber dem Parlament noch einen weiteren entscheidenden Vorzug: In vielen Bereichen gilt nach wie vor das Einstimmigkeitsprinzip. Bestimmte Fragen (etwa zuletzt zu den Milliardenhilfen für die Ukraine) gehen nur, wenn alle Mitgliedstaaten zustimmen. Und dann reicht jemand wie Vik-

tor Orbán, um die Notbremse zu ziehen. Deshalb ist genau dieses Einstimmigkeitsprinzip – gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik – der schlimmste Feind aller Eurokraten und EU-Zentralisten. Es muss von der europäischen Rechten mit aller Macht verteidigt werden. In vielen anderen Bereichen ist es leider bereits gefallen.

Umso wichtiger sind unsere Beziehungen zu unseren starken Partnern in ganz Europa, denn die sitzen schließlich häufig schon am Tisch der Macht

Die AfD wird im Europäischen Rat bis auf Weiteres keine Stimme haben. Das bleibt den Parteien der Bundesregierung vorbehalten. Sie bestimmen gemeinsam mit den anderen Regierungen wesentlich über die Geschicke der EU. Dementsprechend dürfen wir auch nicht einfach eine Stärkung des EU-Parlaments fordern, nur weil wir ihm angehören. Wer weiterhin in Nationalstaaten denkt, der darf ihre verbliebenen Rechte im Gefüge der EU-Institutionen nicht weiter aufweichen – das unterscheidet uns vom politischen Gegner.

Umso wichtiger sind unsere Beziehungen zu unseren starken Partnern in ganz Europa, denn die sitzen schließlich häufig schon am Tisch der Macht. Zuerst zu nennen sind unsere Freunde in

Italien. In Österreich, Frankreich und Belgien kann es bald so weit sein. Wir brauchen diese Freunde nicht nur, um hoffentlich bald ein starkes Bündnis im EU-Parlament zu schmieden, sondern auch um eine Brücke zum Rat zu haben, in dem viele Entscheidungen getroffen werden.

Dabei wird es darauf ankommen, auch auf die Freunde Rücksicht zu nehmen, die in Koalitionsregierungen eingebunden sind – und überdies durch die EU und damit die Bundesregierung erpressbar sind. Unsere italienischen Freunde haben z. B. einen Staat übernommen, der durch jahrzehntelange Misswirtschaft massiv auf Transferzahlungen angewiesen ist. Dass damit hinter verschlossenen Türen Zugeständnisse der Rechtsregierung in Rom erkaufte werden, ist ein offenes Geheimnis.

Auch engere Beziehungen zu Viktor Orbáns Fidesz scheitern aktuell noch am Druck aus Berlin. Orbán, der nicht unbedingt im Ruf steht, Befehlsempfänger der Brüsseler oder Berliner Mächtigen zu sein, erklärte in der Budapester Zeitung unumwunden, woran eine engere Verbindung zur AfD derzeit scheitert: „Wir sind also gezwungen, auf dem Altar möglichst guter zwischenstaatlicher Beziehungen die Beziehungen zur AfD zu opfern.“

Weiter gibt es die Freunde von der FPÖ, die in Österreich mehrfach Regierungspartei waren und es auch bald wieder sein könnten. Sie werden auf dem großen

Parkett als ebenbürtiger Partner wahrgenommen, auch wenn es inhaltlich kaum signifikante Unterschiede zur deutschen Schwesterpartei geben mag.

Ein starkes Ergebnis in Deutschland kann das Startsignal für ein neues europäisches Rechtsbündnis sein. Die Chancen stehen gut, dass die AfD so stark wird, dass man kaum an ihr vorbeikommt

Ob es also nach der Europawahl zum lange ersehnten ‚großen Wurf‘ kommen wird, ist unklar. Eine gemeinsame Fraktion der Rechten und Konservativen hätte schon in der letzten Wahlperiode die zweitstärkste Kraft im EU-Parlament sein können – eine Macht, die man nicht mehr so leicht übergehen könnte.

Vielleicht gelingt es dieses Mal: Ein starkes Ergebnis in Deutschland kann das Startsignal für ein neues europäisches Rechtsbündnis sein. Die Chancen stehen gut, dass die AfD so stark wird, dass man kaum an ihr vorbeikommt. Allerdings muss sie sich auch der Risiken bewusst sein und darf in ihrer Rolle als Oppositionspartei ihre Partner in Europa nicht überfordern.

Die Altparteien, ihre treuen Wähler und die Europäische Union wirken müde und überreizt – wir haben gerade erst angefangen.



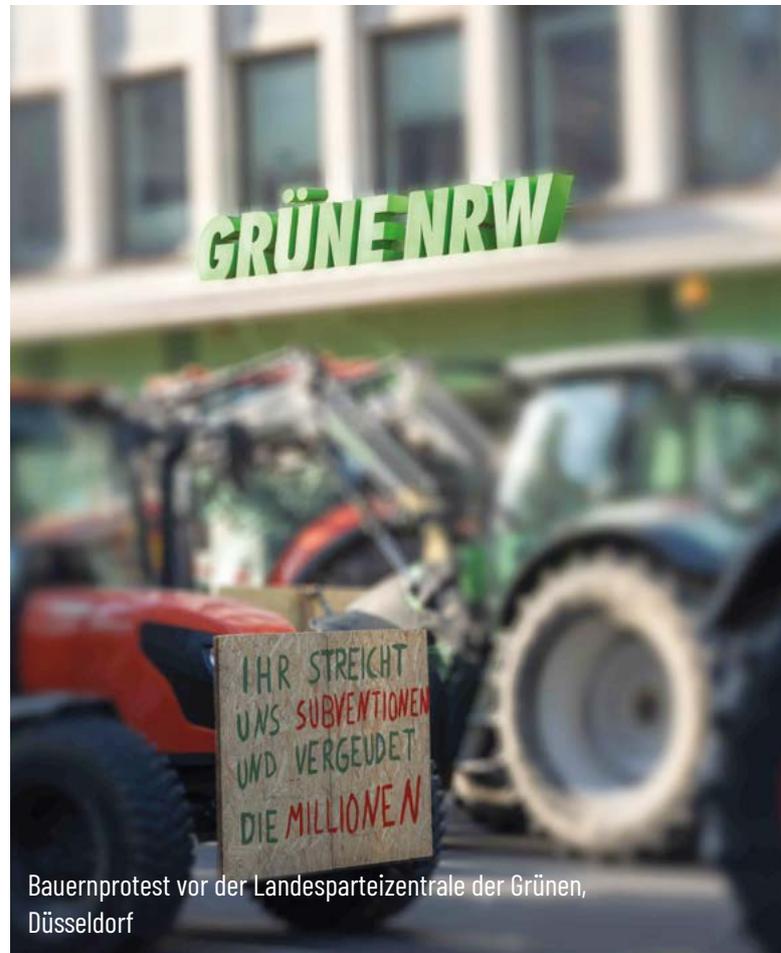
ZACHARIAS SCHALLEY, MDL
SPRECHER FÜR UMWELT- UND LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

WER HAT DIE BAUERN VERRATEN? Christdemokraten!

Winfried Kretschmann, grüner Ministerpräsident von Baden-Württemberg, stellte im Oktober fest: „Die mit dem Bauernkrieg verbundenen Ziele und Werte wie Freiheitsrechte oder Mitbestimmung und der Wunsch nach demokratischen Entscheidungsprozessen haben nichts von ihrer Aktualität verloren.“ Damit hat er mehr recht, als ihm lieb sein wird. Denn das gilt nicht nur mit Blick auf die frühe Neuzeit vor 500 Jahren, sondern auch für aktuelle Bauernproteste. Eine überbordende Bürokratie degradiert die Bauern zunehmend zu Befehlsempfängern und beschränkt ihre unternehmerische Freiheit.

Als die Bundesregierung am 13. Dezember ankündigte, den deutschen Bauern die Kfz-Steuerbefreiung und die Agrardieselrückerstattung zu streichen, lief das Fass über. Die Wucht der Traktorkolonnen seit dem 8. Januar wirkt wie das Einbrechen der Realität in die abgehobene politische Kaste. Dies umso mehr, als seit Beginn der Proteste eine große Welle der Solidarisierung durch das Land geht. Die Bauernproteste haben sich schon früh zu Mittelstandsprotesten ausgeweitet, an denen sich Spediteure, Handwerker und Gesundheitsversorger beteiligen. All diese Berufsstände eint das Gefühl, von der Politik nicht mehr gehört und ernstgenommen zu werden. Die große Anteilnahme der Bevölkerung zeigt überdies, dass die Proteste zu einer Massenbewegung werden können. Auch in Nordrhein-Westfalen gab es zahlreiche Proteste auf Autobahnen, in Städten und vor Rathäusern. Ich selbst konnte mir davon in Düsseldorf ein Bild machen, vor der Landeszentrale der Grünen.

Erste Versuche, die Bauernproteste als ‚rechts‘ zu brandmarken, liefen noch weitgehend ins Leere. Als Bauern Wirtschaftsminister Habeck am 5. Januar daran hinderten, eine Urlaubsfähre zu verlassen, wurden sie medial als rechter „Bauern-Mob“ verunglimpft. In der Bevölkerung blieb das Medien-



Bauernprotest vor der Landesparteientrale der Grünen, Düsseldorf

WEITER »»

Nicht der letzte Liter
bringt das Fass
zum Überlaufen
sondern der
angehäufte Mist
von 51 Jahren
CDU/CSU Agrarministern

“ **Mehr und mehr Bauern sehen ein:
Der einzige Mist, auf dem nichts wächst, ist der von
christdemokratischen Parteien** ”

manöver nicht gänzlich ohne Wirkung, aber die Empörung außerhalb ‚woker‘ Kreise blieb aus. Es brauchte erst eine konzertierte Medienkampagne. Sie kam nach der Correctiv-Enthüllung über ein angebliches „Geheimtreffen von Rechtsextremen“ am 10. Januar zunächst nur allmählich ins Rollen. Später im Januar überlagerten die ‚Demos gegen rechts‘ in der öffentlichen Wahrnehmung die Bauernproteste. Beteiligt waren viele Vorfeldorganisatio-

nen der Ampel-Parteien, die den CDU-nahen Bauernverbänden entgegengesetzt wurden – ein Paradebeispiel für das Meinungskartell, also das Zusammenspiel von Lobbys, Altparteien und Medien.

Der in Deutschland veröffentlichten Meinung zum Trotz griffen die Bauernproteste aber auf ganz Europa über und zeigten die europäische Dimension des Problems. Derzeit herrscht eine Pattsituation: Zum einen gibt es das Phä-

nomen der Proteste von oben von staatsalimentierten Anhängern des Meinungskartells, aber auch saturierten Bürgern. Zum anderen gibt es die graswurzelbewegten Proteste von unten – getragen von Berufsgruppen, denen die Grundversorgung am Herzen liegt. Solange die strukturellen Probleme der Bauern nicht gelöst sind, wird der Konflikt auf der Straße weiterschwellen. Sein Ausgang hängt auch von den EU-Wahlen ab.

Worin wurzeln die ungelösten Strukturkonflikte? Sie haben ganz viel mit der EU zu tun und mit zwei Niederländern: den Vize-Kommissionschefs Sicco Mansholt (1958–1972) und Frans Timmermans (2019–2023). Mit beiden Sozialdemokraten sind radikale Umstrukturierungspläne verbunden: der Mansholt-Plan von 1968 und der ‚Green Deal‘ von 2019. Der Mansholt-Plan sah eine Rationalisierung der Landwirtschaft vor nach dem Prinzip: Wachsen oder weichen! Prämien sollten kleine und mittlere Bauern zum Aufgeben bewegen. Auf stillgelegten Flächen sollten Naturschutzgebiete und Wälder entstehen. Zwar konnte der Plan gegen massive Widerstände nicht überall umgesetzt werden. Auf lange Sicht setzte sich aber der auf Rentabilität und Produktivität getrimmte Vollerwerbsbetrieb weitgehend in der EU durch.

Die im Mansholt-Plan angelegten Ökoideen werden nun vom Green Deal aufgegriffen und mit dem Ziel weiterentwickelt, das Lebensmittelsystem in der EU nachhaltiger auszurichten. De facto führen die vielen Gesetze aus Brüssel dazu, dass hiesige Bauern an Wettbewerbsfähigkeit verlieren oder gar ganz von Märkten und Feldern gedrängt werden. Diese Gesetze wuchsen auf dem Mist von Timmermans Kabinettschef, Diederik Samsom, der erklärtermaßen die industrielle Landwirtschaft in die Knie

zwingen wollte. Die EU-Vorgaben und die folgenden Bundes- und Landesgesetze beinhalten u. a. exzessive Verbote wie in der NRW-Düngeverordnung und das vermehrte Herausnehmen landwirtschaftlicher Flächen aus der Produktion. So werden weitere Schutzgebiete ausgewiesen, etwa der geplante zweite Nationalpark in NRW. Wenn Bauern nicht qua

bäuerlichen Wirtschaftsstrukturen eingreifenden Green Deal auf die Straßen gingen – es brauchte offensichtlich erst die deutsche Sondersteuer auf Agrardiesel sowie das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Nun wird auch endlich der Green Deal an sich in Frage gestellt. Die bürokratische Last bleibt hoch, das ‚grüne‘ Denken der Entscheidungsträger ist beharrlich und die kafkaesken Strukturen kaum zu durchdringen.

Die Christdemokratie ist auf allen politischen Ebenen Vollstrecker grüner Ideen – ob sie in Brüssel oder Düsseldorf sitzen, ist dabei sekundär

Auch der aktuelle EU-Klimakommissar Wopke Hoekstra gab als Direktive die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen aus – ein Christdemokrat, dem eigentlich eine Nähe zur Landwirtschaft nachgesagt wird. Ebenfalls Christdemokraten sind die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die

Verordnung gezwungen werden können, wird zu anderen, teils perfiden Methoden gegriffen: Viehbestände lassen sich auch dadurch reduzieren, dass Standards ständig erhöht werden oder ausufernde Bürokratie die Arbeit auf den Höfen unrentabel macht. Dass EVP-Politiker wie Weber und von der Leyen besonders unpopuläre Maßnahmen wie die Brachlandrichtlinie oder die drastische Reduktion von Pflanzenschutzmitteln (SUR) zurücknehmen wollen, ist allein dem EU-Wahlkampf geschuldet.

für die Düngeverordnung in NRW zuständigen Agrarministerinnen Schulze Föcking, Heinen-Esser und nun Gorißen. Die Christdemokratie ist auf allen politischen Ebenen Vollstrecker grüner Ideen. Ob sie in Brüssel oder Düsseldorf sitzen, ist dabei sekundär.

Auch die weiterhin hohen Ansprüche an die Bauern und das mangelnde Verständnis für die Realitäten der Lebensmittelerzeugung werden dafür sorgen, dass der Druck auf den Bauernstand nicht abnimmt. Die Bauern müssten sich eingestehen: Wir wurden verraten – von den Christdemokraten.

Es ist seltsam, dass die Bauern 2019 nicht gegen den tief in die

Loot-Boxen erziehen unsere **Kinder** zum **Glücksspiel** – und die **EU** schaut zu.



ANDREAS KEITH, MDL
PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
SPRECHER FÜR SPORTPOLITIK

Millionen von Kindern und Jugendlichen spielen täglich auf ihren Bildschirmen, ob an der Konsole, am Computer oder am Smartphone. Dieses Marktpotential hat auch die Spieleindustrie längst erkannt. Heute kommt kaum ein ‚kostenloses‘ Handyspiel ohne In-Game-Käufe aus. Dazu gehören auch die sogenannten Loot-Boxen: virtuelle Schatzkisten, die zufällig generierte Gegenstände oder Charaktere enthalten und von den Spielern – oft indirekt – gegen echtes Geld erworben werden können. Marktforscher rechnen damit, dass der weltweite Umsatz von Loot-Boxen bis 2025 die 20-Milliarden-Grenze knacken wird.

Ganz vorne mit dabei: das Fußball-Simulationsspiel FIFA. 2021 gaben FIFA-Spieler insgesamt 1,6 Milliarden Dollar aus, um sich ihre Traummannschaft zusammenzustellen, mit Superstars wie Lionel Messi, Cristiano Ronaldo oder auch Manuel Neuer. Solche Stars üben gerade auf junge Gamer eine große Faszination aus. Die Mechanismen dahinter werden jedoch nicht ausreichend transparent gemacht. Beispielsweise kann die Wahrscheinlichkeit für eine Spieler-Kategorie bei unter 1 % liegen. Man müsste dementsprechend zig Loot-Boxen, bei FIFA „Packs“ genannt, erhalten, um sehr wahrscheinlich einen der begehrten Spieler zu ziehen.

Geringe Gewinnchancen, hohe Geldeinsätze – Suchtgefahr. Was nach Glücksspiel klingt, wird bislang rechtlich nicht als solches klassifiziert

Diese Spielmechanik birgt für Kinder und Jugendliche ein nicht zu unterschätzendes Risiko für Spielsucht und Finanzprobleme. Die virtuellen Charaktere können im Prinzip erspielt werden, indem man die In-Game-Währung über Tage und Wochen ansammelt – alternativ reichen zwei, drei Klicks, um echtes Geld auszugeben. Durch die jährliche Neuauflage des Spiels stellt Electronic Arts, der Verleger von FIFA, zudem sicher, dass Spieler

ihre Mannschaften immer wieder neu zusammenkaufen oder mühsam erspielen müssen.

Geringe Gewinnchancen, hohe Geldeinsätze, Suchtgefahr: Was nach Glücksspiel klingt, wird bislang rechtlich nicht als solches klassifiziert. Spiele mit Loot-Boxen sind zum Teil schon ab null Jahren freigegeben. Denn für die Einstufung als Glücksspiel ist maßgeblich, ob der Inhalt der Loot-Boxen als Gewinn im Sinne der Definition verstanden werden kann. Da kein Geldgewinn, sondern eine virtuelle Belohnung erspielt wird, handelt es sich bei Loot-Boxen laut geltender Rechtslage nicht um Glücksspiel im klassischen Sinn. Das sah auch eine EU-Studie 2020 so. Dabei existieren längst Online-Plattformen, auf denen Loot-Box-Inhalte gegen echtes Geld erworben werden können. Zur Optimierung des Jugendschutzes hatte die EU im Januar 2023 neue Regeln für Loot-Boxen in Aussicht gestellt. Doch die bürokratischen Mühlen in Brüssel mahlen sehr langsam, passiert ist bisher nichts.

Die Niederlande und Belgien haben Loot-Boxen in bestimmten Spielen schon 2018 verboten. In Österreich erging im vergangenen Jahr ein Urteil gegen Electronic Arts, das den Verleger zur Rückzahlung einer fünfstelligen Summe verpflichtete, die ein Spieler für den Kauf von FIFA Packs ausgegeben hatte. In Deutschland fehlen dagegen bis heute spezifische Gesetze, die sich direkt mit Loot-Boxen befassen. Sie sind dementsprechend auch nicht Gegenstand des aktuellen Glücksspielstaatsvertrags. Den Antrag unserer Fraktion (Drucksache 18/7210), eine entsprechende Gesetzesänderung durchzuführen, lehnten CDU, Grüne, SPD und FDP im Dezember 2023 ab.

So tobt auch weiterhin in Millionen Kinderzimmern, was früher Spielhallen ab 18 Jahren vorbehalten war: das Zocken mit echtem Geld.



Der Vorstand der AfD-Fraktion im LVR mit seinen Ehrengästen (v. l.): Ralf Dick, Irmhild Boßdorf, Yannick Noe, Rüdiger Lucassen und Alexander Jungbluth

AfD AUF SEITE DER KOMMUNEN:

GEGEN DIE ERHÖHUNG DER LVR-LANDSCHAFTSVERBANDUMLAGE

Im Herbst 2023 setzte sich die AfD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland (LVR) während einer zweitägigen Klausurtagung intensiv mit dem LVR-Haushaltsplan 2024 auseinander. Im Rahmen dieser Haushaltsklausur kam es auch zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch mit dem Bundestagsabgeordneten Rüdiger Lucassen. Ein Vertreter der LVR-Finanzverwaltung stellte die Haushaltspläne für das Jahr 2024 im Detail vor. Unter

Mitwirkung externer Haushaltsexperten, u. a. des Volkswirts und EU-Parlamentarierkandidaten Alexander Jungbluth aus Rheinland-Pfalz, nutzten die Fraktionsmitglieder die Gelegenheit für einen kritischen Dialog und erarbeiteten zudem mehrere haushaltswirksame Anträge.

Im Zentrum der Debatte stand die vom LVR geplante Erhöhung der Landschaftsumlage für die Mitgliedskommunen. Die AfD-

Fraktion forderte dagegen für das Jahr 2024 ein Einfrieren der aktuellen LVR-Landschaftsumlage auf höchstens 15,3 Prozent. Ein entsprechender Antrag wurde im Nachgang der Klausurtagung eingereicht. Die LVR-Verwaltung solle dies durch geeignete Maßnahmen ermöglichen, z. B. durch liquide Mittel oder eine höhere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage. „Jedwede Erhöhung der Landschaftsumlage wäre Gift für die vielen finanziell notleidenden

Mitgliedskommunen“, begründete der AfD-Fraktionsvorsitzende Yannick Noe den Vorstoß. „Während der LVR über vergleichsweise üppige Haushaltsmittel und Rücklagen verfügt, sollen die ohnehin schon überschuldeten Kommunen nach den Plänen des LVR in den kommenden Jahren zusätzlich eine dreistellige Millionen-summe abführen. Kein Wunder, dass sich die Mitgliedskommunen in einem gemeinsamen Brandbrief an den LVR gewandt und einige Landräte auch den direkten Kontakt zur AfD gesucht haben. Denn wir stehen bei diesem Thema fest an der Seite der Kreise und Städte – sowie der betroffenen Bürger vor Ort.“

1

Der LVR erhebt zur Finanzierung seiner Aufgaben von den Kreisen und kreisfreien Städten eine Umlage. Diese Landschaftsumlage sollte im Jahr 2024 ursprünglich von 15,3 auf 15,95 Prozent steigen – tatsächlich wurden es dann ‚nur‘ 15,45 Prozent. Würde der LVR seine Rücklagen auch nur teilweise einsetzen, wäre diese zusätzliche Belastung der von ihm liebevoll genannten ‚kommunalen Familie‘ nicht nötig.

2

Für das kommende Jahr plant der LVR eine ‚Aufblähung‘ um 401 neue Stellen. Dies entspricht Mehrkosten beim Personal von etwa 24 Millionen Euro – Geld, das den angeschlossenen Kommunen über die Umlage weggenommen und dann dort fehlen wird.

Weitere interessante Fakten zum Thema LVR und Finanzen:

Der LVR verfügt nach wie vor über ein Eigenkapital von über einer Milliarde Euro und über eine Ausgleichsrücklage von 170 Millionen, die eigentlich für Krisenzeiten gedacht sind. Dass diese Rücklage für Krisenzeiten gedacht ist, sieht der LVR grundsätzlich ebenso, meint aber offenbar, eine solche ‚schlechte Zeit‘ sei noch nicht gekommen.

2024 sollen lediglich 3,1 Millionen aus der Ausgleichsrücklage genommen werden. Dies darf man im Einvernehmen mit den kommunalen Geldgebern der Landschaftsumlage getrost anders bewerten.

3

Digitalisierung ist im Bereich der öffentlichen Verwaltung eine ganz wichtige, wenn auch nicht mehr neue Aufgabe. Deswegen beschäftigte der LVR bisher in diesem Bereich 28 Personen. Man kann davon ausgehen, dass diese Personen in ihrer täglichen Arbeit gut ausgelastet waren. Es verwundert aber, dass beim LVR in diesem Bereich für das kommende Haushaltsjahr 2024 zusätzlich 25 neue Stellen geschaffen werden sollen. Wofür genau diese Stellen gedacht sind und aus welchem Grunde sie eingerichtet werden, bleibt das Geheimnis der LVR-Verwaltung. 25 Stellen machen geschätzte weitere 1,5 Millionen Euro bei den Personalkosten pro Jahr aus – während bei vielen LVR-Mitgliedskommunen auch beim Personal streng gespart werden muss.

Schon Bundeskanzler Konrad Adenauer prägte den Satz: „Ob Se wollen oder nicht, et muss jeschpart werden!“ Was damals galt, kann heute nicht falsch sein.

Frühjahrsempfang der AfD-Fraktion im LVR

Alternativer Heimatpreis für das Rheinland verliehen

Die AfD-Fraktion im Landschaftsverband Rheinland (LVR) hat im Rahmen eines festlichen Frühjahrsempfangs am 17. Februar zum ersten Mal ihren Heimatpreis für besondere Verdienste um das Rheinland verliehen – übrigens komplett gestiftet aus privaten Mitteln der Fraktionsmitglieder. Die ersten Preisträger waren das Autorenteam des liberalkonservativen Magazins „Krautzone“ mit ihrer „Ode an das Rheinland“ sowie ein engagierter Vertreter der museumspädagogischen Arbeit zur lebendigen Darstellung der antiken Geschichte am Rhein als Grenzstrom zwischen dem römischen Reich und den freien Germanenstämmen.

Der Fraktionsvorsitzende Yannick Noe konnte zahlreiche Ehrengäste aus dem Bundestag und Landtag sowie den Kommunalparlamenten des Rheinlandes und des Partner-Landschaftsverbands Westfalen-Lippe begrüßen. Neben den Bundestagsabgeordneten Stefan Keuter, Rüdiger Lucassen, Eugen Schmidt und Prof. Harald

Weyel waren auch Sven Tritschler und Dr. Martin Vincenz aus dem Landtag anwesend, der als AfD-Landessprecher und Fraktionsvorsitzender im Landtag die Festrede hielt.

Die Laudatio der Preisträger übernahmen Yannick Noe und die Fraktionsgeschäftsführerin Irmhild Boßdorf. Beide hoben dabei auf die Verdienste der Preisträger um das kulturelle Erbe des Rheinlandes ab. Umrahmt von einem musikalischen Programm und gänzlich unbehelligt von irgendwelchen linken Protesten fand anschließend bis tief in die Nacht im besten Sinne politisches Netzwerken zwischen den verschiedenen parlamentarischen Ebenen und publizistischen Akteuren des patriotischen Vorfeldes statt. Gerade die Arbeit und das Aufgabenprofil des Landschaftsverbandes als Zwischenebene zwischen kommunaler Familie und Bundesland sind dafür geradezu prädestiniert.

Heimat, Identität, Tradition: wichtige Leitwerte einer AfD-Politik für das Rheinland und den LVR, die an diesem Abend beispielhaft gelebt wurden!



Der im Februar 2024 zum ersten Mal ausgelobte Heimatpreis der AfD-Fraktion im LVR soll in Zukunft jährlich vergeben werden. Mit ihm sollen Personen und Organisationen ausgezeichnet werden, die sich im besonderen Maße um die Bewahrung von Tradition und Identität im Rheinland verdient machen.

Yannick Noe

ALS KOMMUNALPOLITIKER DES JAHRES AUSGEZEICHNET

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Stadtrat Leverkusen und in der Landschaftsversammlung Rheinland (LVR), der 28-jährige Historiker Yannick Noe, wurde vom Verein für Kommunalpolitik NRW e. V. in Essen als Kommunalpolitiker des Jahres 2023 ausgezeichnet.

In ihrer Laudatio hob die Vereinsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Enxhi Seli-Zacharias die Verdienste des engagierten Kommunalpolitikers hervor. Insbesondere der Ausbau einer modernen Öffentlichkeitsarbeit und ein qualitatives Serviceangebot im Bereich des Antrags- und Anfragewesens seien in Noes Verantwortungsbereich systematisch vorangebracht worden.

Neben den schon fast obligatorischen Onlineangeboten – von klassischen Internetseiten über soziale Medien bis hin zu einem eigenen YouTube-Kanal – bringen die Fraktionen im LVR wie auch im Rat der Stadt Leverkusen inzwischen regelmäßig ge-

druckte Periodika heraus. Dabei richtet sich das umfangreiche Magazin „Der Rheinländer“ eher an ein interessiertes Fachpublikum, während mit „Leverkusen Aktuell“ mehrmals im Jahr zehntausende Haushalte in der Farbenstadt direkt beliefert werden. Die LVR-Fraktion hat zudem eine eigene Kommunalplattform aufgebaut, die sich den inhaltlichen Austausch von kommunalen Mandatsträgern im LVR-Gebiet auf die Fahnen geschrieben hat und dafür auch eine umfangreiche Sammlung von Anträgen und Anfragen bereithält.

„Ich freue mich über diese Auszeichnung des Vereins für Kommunalpolitik besonders, da sie auch eine Anerkennung der Leistung unserer Fraktionen im LVR und im Stadtrat Leverkusen insgesamt ist“, stellte der frisch gekürte Kommunalpolitiker des Jahres fest.

Mit Ralf Dick ist übrigens im Vorjahr schon einmal einem Mitglied der LVR-Fraktion diese Ehrung zuteilgeworden!

Mit Geschlossenheit ins Jahr 2024

Bei der turnusgemäßen Neuwahl des Fraktionsvorstandes wurden Anfang Januar 2024 Yannick Noe und Ralf Dick als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landschaftsverband Rheinland (LVR) einstimmig bestätigt. „Wir freuen uns über das große Vertrauen der anderen Fraktionsmitglieder und möchten uns dafür herzlich bedanken“, stellte das alte und neue AfD-Führungsduo im LVR fest. „Insbesondere möchten wir das konstruktive und vertrauensvolle Miteinander in der ganzen Fraktion ausdrücklich hervorheben. So kann es mit Geschlossenheit, Schwung und Elan ins neue Jahr gehen!“

IMPRESSUM

Herausgeber: AfD-Fraktion im LVR · Irmhild Boßdorf, Geschäftsführerin
Kennedy-Ufer 2, Landeshaus 50679 Köln
irmhild.bossdorf@lvr.de
V.i.S.d.P.: Yannick Noe (Anschrift siehe Adresse der AfD-Fraktion im LVR)



Enxhi Seli-Zacharias rettete Gemälde aus abrisssreifen Kirchen: „Ich bin zwar kein gläubiger Mensch, aber dass diese tollen Werke, in denen so viel Handwerkskunst steckt, schlicht zerstört werden, konnte ich nicht ertragen.“

Das Besondere suchend

Im Gespräch mit
Enxhi Seli-Zacharias

PORTRÄT

Seit dem 15. Mai 2022 ist Frau Seli-Zacharias Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Mittlerweile führt sie die zwölfköpfige Fraktion als Co-Fraktionschefin mit. Eine beeindruckende Karriere für eine Frau, die erst im Jahr 2000 mit ihren Eltern nach Deutschland kam.

Wenn man am Hause Seli-Zacharias in Gelsenkirchen klingelt, öffnet einem nicht nur die Hausherrin. Auch der wuchtige Hund Ray ist zugegen und begrüßt so herzlich, wie es sich für einen 6 Monate jungen Cane Corso gehört. Dieser Hauch von Anarchie wird jedoch sogleich durch Frauchen mit versierten ordnungspolitischen Anweisungen quittiert: „Sitz! Und bleib!“ Während die 30-Jährige durch das Haus in die Küche führt, fällt bereits auf: Hier herrscht die Liebe zum Detail. Von außen noch recht unscheinbar, ist die Inneneinrichtung wohlsortiert und hervorragend gepflegt. Perfekt eingebunden sind diverse Antiquitäten, darunter Gemälde, die die Hausherrin aus abrisssreifen Kirchen rettete. „Ich bin zwar kein gläubiger Mensch, aber dass diese tollen Werke, in denen so viel Handwerkskunst steckt, schlicht zerstört werden, konnte ich nicht ertragen“, bekennt sie.

In der Küche angekommen wirbelt Enxhi Seli-Zacharias zwischen den Geräten hin und her und hält nebenbei noch den ungestümen Hund in Schach. Sehr schnell hält man als Gast einen Kaffee in den Händen, während sie aus den eben getätigten Einkäufen ein kleines Frühstücksbuffet zusammenstellt.

Im Landtag genießt sie den Ruf, sich sehr genau in die Themen einzuarbeiten und die Migrationspolitik der Landesregierung zu sezieren

Obwohl es noch früh am Tag ist und die junge Abgeordnete am Vorabend erst spät von einem

Bürgerdialog aus Lage in Ostwestfalen wiederkam, hat sie neben einem Interview auch schon einen Einkauf für ihre Gäste bestritten. Wirklich angestrengt wirkt sie deshalb nicht. Dass sie sich so ein enormes Pensum abverlangt, ist ein wichtiger Teil ihres Erfolges. Im Landtag genießt sie den Ruf, sich sehr genau in die Themen einzuarbeiten und die Migrationspolitik der Landesregierung zu sezieren. Ob sie denn keinen Widerspruch zwischen ihrem AfD-Engagement und dem eigenen Migrationshintergrund sehe, das wird die Deutsch-Albanerin regelmäßig von den etablierten Medien gefragt. „Dass mir diese Frage immer wieder gestellt wird, ist bezeichnend für die mentale Verfassung dieses Landes“, befindet Seli-Zacharias.

Für Seli-Zacharias ist dagegen klar: Kontrollierte Zuwanderung kann nur mit Assimilation funktionieren. „Wer in Deutschland leben will, der muss sich nach den Regeln der Deutschen verhalten und nicht seine eigenen Gesetze mitbringen.“

Sie stellt dann dennoch klar: „Deutschland ist ein wunderschönes Land und muss vor dem drohenden Niedergang bewahrt werden. Welchen Beitrag kann jeder Einzelne von uns leisten, dieses einst so vorbildliche und geachtete Land wieder herzustellen? Diese Frage ist bis heute Maxime meines Handelns. Dass das bei einigen Grünen und Sozialdemokraten anders ist, sagt dann vermutlich mehr über sie aus als über mich.“ Für Seli-Zacharias ist dagegen klar: Kontrollierte Zuwanderung kann nur

mit Assimilation funktionieren. „Wer in Deutschland leben will, der muss sich nach den Regeln der Deutschen verhalten und nicht seine eigenen Gesetze mitbringen.“ Skandalös findet sie die Zustände in NRW-Städten infolge des verschärften Nahost-Konflikts. „Diese Fundamentalisten verbindet nichts mit diesem Land und unserer Form des Zusammenlebens, da bleiben sie jeden Beweis schuldig. Dass die CDU und die anderen etablierten Parteien jetzt allerdings so tun, als sei dieses Phänomen neu, ist an Heuchelei kaum zu überbieten.“



Wie verbreitet Antisemitismus unter bestimmten Migrantengruppen ist, weiß jeder, der mit offenen Augen durchs Leben geht, seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten.“ Nach dem gemeinsamen Frühstück geht es mit Hund Ray in den Schlossgarten der Wasserburg Schloss Berge. Der Spaziergang mit dem Hund ist für die Gelsenkirchenerin eine willkommene Ablenkung. Die Wahl des Ortes ist dabei kein Zufall, wie sie klarstellt: „Ich liebe nicht nur das tolle Barockschloss unserer Stadt, sondern auch die aufwendige Parkanlage, die einen französischen, einen englischen und diverse weitere Gärten umfasst.“ Seli-Zacharias fremdelt mit der modernen Architektur, die oft kalt, abweisend und einheitlich ist.

Die heutige Massen- und Konsumkultur lässt kaum noch Raum für derart Besonderes. Alles muss schnell gehen, in großen Mengen verfügbar und dabei möglichst günstig sein

So, wie sie in ihrer Heimatstadt Gelsenkirchen gerne die besonderen Orte aufsucht, sucht sie das Besondere auch in der Ferne, etwa auf Kurzurlauben. Kleine Patisserien, die mit viel Aufwand und hoher Handwerkskunst Feingebäck erzeugen, sind dann ihre liebsten Anlaufpunkte. „Die heutige Massen-

und Konsumkultur lässt kaum noch Raum für derart Besonderes. Alles muss schnell gehen, in großen Mengen verfügbar und dabei möglichst günstig sein. Barockschlösser, Rokoko-Gärten oder aufwendige Konditorei genießen in unserer gegenwärtigen Gesellschaft leider nur noch einen Schutzstatus, aber keine echte Wertschätzung. Es fehlt das Bewusstsein für das Gute, Wahre und Schöne.“ Um dieses Bewusstsein weiter zu schärfen, liest die Integrationspolitikerin nicht nur Gesetzestexte. Ihr Schrank enthält diverse Werke, von Houellebecq

„Unterwerfung“ über Sartre und Kant bis hin zum albanischen Nationalhelden Skanderbeg. Der Fürst und Militärkommandant, der zum albanischen Adelsgeschlecht der Kastrioti gehörte, verteidigte sein Fürstentum im 15. Jahrhundert gegen die heranstürmenden Osmanen und wurde dafür von mehreren Päpsten als „Kämpfer des Christentums“ geehrt.

Wenngleich es seinerzeit andere Vorzeichen waren, geht es auch Seli-Zacharias um die Verteidigung der christlich-abendländischen Kultur gegen ihre Feinde.

Maximilian Kneller



Ein ausgedehnter
Spaziergang mit ihrem Hund Ray
ist für die Gelsenkirchenerin
immer eine willkommene Ablenkung



PROF. DR. DANIEL ZERBIN, MDL
WISSENSCHAFTSPOLITISCHER SPRECHER



Gedenkzentrum Srebrenica – Juni 2013

Das Massaker gilt als eines der erschütterndsten nach dem 2. Weltkrieg. Unter dem Kommando von General Ratko Mladić stürmten im Juli 1995 serbische Truppen die Stadt Srebrenica, die durch die Vereinten Nationen als „sichere Zone“ ausgewiesen war. Trotz der Anwesenheit von UN-Friedenstruppen töteten sie mehr als 8.000 Menschen.

Quelle: picture alliance/Juergen Feichter/
EXPA/picturedesk.com

Weshalb Nordrhein-Westfalen sich jetzt als Forschungsstandort für Makrocriminalität etablieren sollte

Im Jahre 1989 rief der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das „Ende der Geschichte“ aus. Die These lautete, dass die Demokratie sich als besseres System gegen den Kommunismus durchgesetzt habe. Nun würde sie sich auch in anderen Ländern und global durchsetzen und eine friedlichere und gerechtere Welt entstehen.

Die heutige Welt steckt in multipolaren Konflikten. Vor allem jüngste Konflikte, wie der Angriff der Hamas auf Israel sowie der Ukraine-Krieg, zeigen,

dass unsere Welt nicht friedlicher, geschweige denn gerechter geworden ist.

Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine werden regelmäßig Stimmen laut, die von Kriegsverbrechen berichten, sowohl auf russischer als auch ukrainischer Seite. Die deutsche Generalbundesanwaltschaft führt dazu seit März 2022 Strukturermittlungen durch, um Kriegsverbrechen zu ermitteln. Dabei gibt es auch Anhaltspunkte gegen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Im Israel-Konflikt sollen mit dem Überfall der Hamas auf israelisches Gebiet, der Verschleppung von über 200 Zivilisten und der Nutzung von Zivilisten als menschliche Schutzschilder sowie weiteren Gräueltaten ebenfalls Kriegsverbrechen vorliegen. Aber auch die Abriegelung des Gazastreifens durch Israel wird als Kollektivstrafe und damit von einigen Vertretern der internationalen Gemeinschaft als Kriegsverbrechen eingestuft.

Kriegsverbrechen werden trotz ihrer Intensität wissenschaftlich kaum erforscht und aufgearbeitet. Ihre juristische Ahndung obliegt im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Allerdings kann dieser nur tätig werden, wenn seine Zuständigkeit von den streitbetroffenen Staaten anerkannt wurde. Es bestehen also durchaus systematische Lücken bei der Ahndung von schwerwiegenden Kriegsverbrechen innerhalb der internationalen Gemeinschaft.

Eine Professur für Makrokriminalität könnte zumindest ansatzweise im nicht-juristischen Bereich Abhilfe schaffen. Der Begriff Makrokriminalität bezeichnet solche Formen von Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die kollektivistisch ausgerichtet sind und dadurch im Vergleich zur Alltagskriminalität relativ immun gegen strafrechtliche Sanktionen sind, u. a. Genozide und Kriegsverbrechen. Die Phänomene dieser kollektiven Gewalt könnten durch eine Professur für Makrokriminalität erfasst, dokumentiert und ausgewertet werden. Damit könnte wichtige Grundlagenforschung geleistet werden, um die Bereiche der Prävention und Repression dieser Taten weiterzuentwickeln.

Deutschland unter der Ampelregierung schwingt sich zum Weltretter auf, sei es die Abschaltung der Kernkraft, eine feministische Außenpolitik oder der grüne Umbau unserer Wirtschaft. Bezüglich von Kriegsverbrechen wie den oben genannten werden dagegen Sonntagsreden abgehalten und mantraartig Beileidsbekundungen ausgesprochen. Doch dies ist nicht zielführend. Wenn sich Deutschland und Nordrhein-Westfalen schon gerne als



Im August 2010 entdeckten Forensiker am Ufer des Perucac-Sees in der Nähe von Višegrad menschliche Überreste, von denen angenommen wird, dass sie während des Bosnienkriegs (1992-1995) getötet wurden. Im Zusammenhang des Bosnienkrieges wurde der ehemalige bosnische Serbenführer Radovan Karadžić in elf Fällen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt.

Quelle: picture alliance/REUTERS | DANILO KRSTANOVIC

Weltretter gerieren, dann müssen sie auch tragbare Lösungen entwickeln. Das Land NRW könnte mit der Einrichtung einer Professur für Makrokriminalität einen wichtigen Beitrag zur internationalen Staatengemeinschaft bilden und sich trotz aller Umstände als Wissenschaftsstandort profilieren. Deshalb setzt sich die AfD-Fraktion im Landtag für die Errichtung einer solchen Professur in NRW ein.

Schulhof im Wandel – Wenn sich Islamismus ausbreitet



Armita Geravand, eine 16-jährige iranische Schülerin, starb am 28.10.2023 nach einem mutmaßlichen Vorfall mit der Sittenpolizei in der Teheraner Metro, nachdem sie ihre Haare in der Öffentlichkeit nicht bedeckt hatte. Nach einer Hirnverletzung fiel sie ins Koma und starb wenige Wochen später. Mahnwache vor dem Lincoln Memorial in Washington - 28.10.2023

Quelle: picture alliance/abaca | Middle East Images/ABACA



DR. CHRISTIAN BLEX, MDL
SPRECHER FÜR SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK

Geschlechtertrennung, Freistellung für den Moscheebesuch, strikte Verhüllungsregeln für Mädchen, Gruppengebete auf dem Schulhof und das Befürworten von Steinigungen – all das sollte Alltag an einer Neusser Gesamtschule werden. Mit diesem Fall beschäftigte sich das Ressort für Schule und Bildung der AfD-Fraktion, dessen Leitung ich im Januar von Carlo Clemens übernahm.

Vier junge Muslime (17 bis 19) sollen bereits seit März 2023 für Unruhe in Neuss gesorgt haben. Sie stellten religiöse Forderungen in Klassenchats und gegenüber Lehrern. Bisweilen ‚unzüchtige‘ Muslime sollten ihrem Glauben stärker folgen, ungläubige Mitschüler wurden zur Konversion überzeugt und laut Berichten sogar genötigt. Die Schule meldete die Vorfälle den Behörden und schwieg sonst weitgehend. Eine Verlautbarung auf der Webseite empörte sich nur über an die Presse durchgestochene Informationen und voreilige Schlüsse durch Außenstehende. Dabei ist eins eindeutig: Die Themen Islamismus und Radikalisierung bekommen große Aufmerksamkeit.

So reichte unser Bildungsressort für die nächstgelegene Ausschusssitzung eine Aktuelle

Viertelstunde ein, um Bildungsministerin Dorothee Feller zu befragen. Diese wich leider unseren konkreten Fragen aus, ließ viele Details offen und vertröstete mit laufenden Ermittlungen. Eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion ergab nun, dass die Polizei 2022/23 31 ähnliche Fälle erfasst hat. In Neuss gab es lediglich fünf Tage Suspension für einen Täter, sonst keine Ordnungsmaßnahmen. Jeder dieser Fälle ist ein guter Grund, sich näher mit den beteiligten Islamverbänden und dem islamischen Religionsunterricht zu befassen.

Während immer weniger Schüler Fähigkeiten wie Rechnen, Lesen und Schreiben ausreichend beherrschen, wirkt sich diese bildungsferne religiöse Indoktrinierung besonders schädlich auf den desolaten Zustand unseres einstigen Bildungslandes aus. Sie bringt Unruhe in den Schulalltag, polizeiliche Ermittlungen und zusätzlich nötige Elternabende können sich Schulen kaum erlauben. Zahllose Überstunden und Ausfallstunden, ein eklatanter Lehrermangel und die furchtbaren Ergebnisse von Erhebungen wie PISA sind Symptome für die weitgehende Entfremdung von Leistungsprinzipien und Bildungsethos. Immer mehr Lehrer werfen hin oder versuchen das Schulchaos durch Teilzeit zu re-

duzieren. Erschreckend niedrige Absolventenzahlen bei hohen Abbruchquoten geben auch keine Hoffnung für eine kurz- oder mittelfristige Verbesserung durch Nachwuchsslehrer. Viele Studenten scheitern an den Naturwissenschaften – ein Problem, das logischerweise mit dem schwindenden Lehrerbestand und sinkenden Schulleistungen rückkoppelt.

Auch die ausufernde Digitalisierung trägt wahrscheinlich zur Katastrophe bei. Während die ersten skandinavischen Länder ihre Digitalisierungsstrategie rückabwickeln, schreitet man in NRW Richtung 1:1-Ausstattung voran. Ohne fundamentale Fähigkeiten sollen unsere Schüler die neusten Pads, Lernapps und Onlinetools nutzen, während auf beliebten Plattformen wie TikTok der islamische Hassprediger zum Kopftuchtragen aufruft.

Das Bildungsressort der AfD-Fraktion setzt sich für einen sinnvollen Ausbau der Digitalstrukturen ein, für eine Rückbesinnung auf die Kernaspekte des Lehrberufes, Inklusion nach Augenmaß statt absoluter sozialer Gerechtigkeit, eine Stärkung des Leistungsprinzips, den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems und die Förderung der Naturwissenschaften.



ENXHI SELÎ-ZACHARIAS, MDL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE
SPRECHERIN FÜR INTEGRATIONSPOLITIK

Ehering statt Erholung

Für einige Mädchen und junge Frauen aus dem islamischen Kulturkreis wird der Sommerurlaub zum **Albtraum** – sie werden in der Türkei und anderen islamischen Ländern **zwangsverheiratet**

Sommerferien – das bedeutet für die meisten Mädchen und Jungen, die in Deutschland zur Schule gehen, Wochen der Freude und Entspannung. Die freie Zeit genießen, Schwimmen gehen, Freunde treffen, faulenzten, in den Urlaub fahren mit der Familie oder auch mit einer Jugendgruppe – darauf freuen sich junge Menschen das ganze Jahr.

Für einige von ihnen aber entwickeln sich die Sommerferien zu einem Albtraum. Noch fährt man mit den Eltern in den Urlaub wie jeden Sommer und ahnt nicht, was einen am Zielort erwartet. Dass man die Familie trifft, das ja. Nicht aber, dass man plötzlich einem Unbekannten gegenübersteht – dem zukünftigen Ehemann. Und kurzerhand mit ihm verheiratet wird.

Unvorstellbar? Für einige türkische Mädchen (und manchmal auch Jungen), die nach deutschen Vorstellungen noch Schulkinder sind, ist das in jedem Jahr die bittere Realität. Manche von ihnen kehren nicht mehr nach Deutschland zurück.

Der deutsche Staat hat hier kaum eine Handhabe. Zwar ist die Verheiratung Minderjähriger in Deutschland verboten (2017 wurden verbleibende Ausnahmeregelungen für 16- und 17-Jährige abgeschafft). In jedem Fall stellt § 237 StGB die Zwangs-

verheiratung aller Personen ausdrücklich unter Strafe. Es drohen bis zu fünf Jahre Haft. Schon der Versuch ist strafbar, damit auch sämtliche Vorbereitungen. Die Aufdeckung dieser Straftaten scheitert bisher aber daran, dass die Behörden entsprechende Taten kaum aufdecken. Denn die Ausreise gefährdeter Mädchen (und Jungen) kann kaum verhindert werden.

Das Problem hat in den vergangenen Jahren in NRW an Dynamik gewonnen. Diese Entwicklung liegt offenbar nicht zuletzt daran, dass NRW von allen Bundesländern die meisten Muslime beheimatet. Mit 31,8 Prozent lebt rund ein Drittel aller in Deutschland lebenden Muslime im bevölkerungsreichsten Bundesland.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt in den vergangenen Jahren zwar keinen klaren Anstieg der erfassten Fälle von Zwangsheirat. Auch die NRW-Zahlen von 20 bis 30 pro Jahr mögen gering wirken – in jedem einzelnen Fall liegt aber nicht nur ein klarer Gesetzesverstoß vor, sondern eine menschliche Tragödie, gespeist aus dem Verrat der eigenen Familie.

Auch zeigen die offiziell ermittelten Zahlen nur die Spitze des Eisbergs. Jedes Jugendamt kennt junge Menschen, die aus ihren Familien fliehen und um



Illustration mit KI-generiertem Bild
 Quellen: PlaygroundAI, pixabay.com

Hilfe bitten, weil sie wissen oder ahnen, dass sie zwangsverheiratet werden sollen. Diese jungen Menschen müssen oft anonym in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden, weit weg von zuhause. Eine nicht repräsentative Umfrage von Terre des Femmes unter 460 Lehrern und Sozialarbeitern von 2022 zeigte, dass die Zahl an entsprechend gefährdeten Jugendlichen in Deutschland mindestens bei 1850 lag.

Seit Jahren bemüht sich die Landesregierung vergeblich um die Eindämmung des Problems, jedoch ohne nachvollziehbare Erfolge. Öffentlichkeitskampagnen wie „EXIT.NRW“ haben nicht verfangen, aber Kosten in sechsstelliger Höhe verursacht. Leider ist man auch hier auf Vermutungen angewiesen, da eine staatlich geförderte, umfangreiche Forschung weiterhin fehlt.

Auch die verschiedenen Facetten des Phänomens Zwangsheirat werden offiziell kaum beleuchtet. Sich hier hinter dem Aspekt der kulturellen Eigenart zu verstecken, ist ein Armutszeugnis für die Landesregierung.



MARKUS WAGNER, MDL
SPRECHER FÜR INNENPOLITIK

Es gibt ein deutsches Volk.

Schon am Reichstagsgebäude steht in großen Lettern unmissverständlich „Dem deutschen Volke“. Wem sollte das Parlament der Deutschen auch sonst verpflichtet sein?

Nach den neueren Maßstäben des Verfassungsschutzes haben wir es damit aber mindestens mit einem rechtsextremen Verdachtsfall zu tun. Die Argumentation im Verfahren gegen die AfD lautet nämlich, dass sie von einem „ethnischen Volksbegriff“ ausgehe, also von der Tatsache, dass es auch „ein deutsches Volk jenseits des im Grundgesetz als

dere Völker ausschließende Gesellschaft. Man muss schon mehr als bösartig sein, um das nicht nur zu unterstellen, sondern sogar zur Grundlage eines Verfahrens zu machen.

Dass Völkern ihrem eigenem Selbstverständnis nach eine Identität – gespeist u. a. aus Sprache, Kultur und auch Abstammung – anhaftet, setzt niemanden herab. Nicht zuletzt die reichhaltige Kultur und Errungenschaften, auf die wir zu Recht stolz sind, führen doch erst dazu, dass sich Menschen für unser Land und unser Volk begeistern und ein Teil

davon werden wollen. Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen – seit langer Zeit. Dass es dabei Besonderheiten gibt, sieht man bei den Friesen und Sorben, die gemäß der jeweiligen Landesverfassung eigene Rechte genießen. Wie kann es denklogisch kein deutsches Volk im Sinne des Ethnos geben, Volksrechte etwa für die sorbische Minderheit hingegen schon? Sorben, also deut-

sche Staatsbürger, wollen selbst ethnisch nicht dem deutschen Volk zugerechnet werden. Basieren diese Minderheiten- und Volksrechte also auf rechtsextremistischen Auffassungen? Mitnichten.

Auch das Bundesinnenministerium selbst, dem der Inlandsgeheimdienst ja untersteht, spricht in

Der AfD geht es natürlich nicht um eine absolut homogene oder gar andere Völker ausschließende Gesellschaft

der Gesamtheit der deutschen Staatsangehörigen definierten Staatsvolkes gebe“. Aus VS-Sicht sei dies angeblich eine Herabsetzung von Deutschen mit Migrationshintergrund zu „Bürgern zweiter Klasse“.

Das ist natürlich Blödsinn. Der AfD geht es natürlich nicht um eine absolut homogene oder gar an-

seinen Broschüren vom Erhalt der „ethnokulturellen Identität“ deutscher Minderheiten im Ausland. Welche ethnokulturelle Identität dieser Deutschen sollte man im Ausland denn erhalten können, wenn sie ohne Ursprung wäre? Oder steht das Innenministerium mit diesen Aussagen selbst bereits kurz vor der Beobachtung durch den eigenen Geheimdienst? Natürlich nicht. Hierbei handelt es sich um ein akrobatisches Schattenboxen, das intellektuell so unwürdig wie unredlich ist. In nahezu allen europäischen Staaten gibt es demokratische Rechtsparteien. Nirgendwo

mehr möglich sein? Das wäre die eigentliche Gefahr für unsere Verfassung. Maßgeblich für das Zusammenleben in unserem Land ist und bleibt das

Wer dem deutschen Staatsvolk angehört, der hat alle damit einhergehenden Rechte – ungeachtet des ethnischen Hintergrunds

Staatsvolk. Das Staatsvolk ist der Demos im Wort Demokratie und verfügt deshalb zurecht über die Staatsgewalt, Kratos, wenn politische Entscheidun-



außer in Deutschland (und abgeschwächt in Österreich) werden diese vom Geheimdienst beschattet und kriminalisiert. Immer wieder wird dabei mit bewusst unscharfen Rechtsbegriffen hantiert, um die Meinungsfreiheit gezielt zu unterminieren. „Delegitimierung des Staates“ ist so einer.

Delegitimiere ich den Staat bereits, wenn ich sage, dass jede Innenministerin mit Anstand nach einem Wahlergebnis, wie Frau Faeser es in Hessen holte, längst zurückgetreten wäre? Immerhin spreche ich einer zentralen Vertreterin des Staates die Legitimität ab, ihr Amt auszuüben. Soll das im Sinne sogenannter ‚Verfassungsschützer‘ nun bald nicht

gen durch den Mehrheitswillen der Bevölkerung getroffen werden. Wer dem deutschen Staatsvolk angehört, der hat alle damit einhergehenden Rechte – ungeachtet des ethnischen Hintergrunds. Für uns als AfD ist es selbstverständlich, dass jeder mit deutschem Pass zum deutschen Staatsvolk gehört! Es gibt keine Staatsbürger erster und zweiter Klasse. Umso wichtiger ist es aber, genau hinzuschauen, wem man diese Staatsbürgerschaft gibt. Intensivtäter, Schwerverbrecher und Extremisten wollen wir nicht einbürgern. Nicht, weil sie eine vermeintlich ‚falsche‘ Hautfarbe haben, sondern weil wir unsere freiheitliche Ordnung erhalten wollen. Für das ganze deutsche Volk.

Die Montanunion:

von Iwar Matern

Von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum „EU-Superstaat“?

Die Montanunion – offiziell: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – gilt als die erste moderne supranationale, also überstaatliche Organisation in Europa.

Mit ihr begann ein jahrzehntelanger Prozess, der zur Europäischen Union in ihrer jetzigen Form führte. Für die einen gilt die EU als Garant für Frieden und Zusammenarbeit in Europa. Für die anderen ist sie längst zu einem Synonym für Zentralismus, überbordende Bürokratie, Bevormundung und Korruption geworden. Brüssel, so viele Kritiker, müsse sich wieder auf die wirtschaftliche Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten beschränken, so wie es ursprünglich in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und davor der Montanunion gewesen sei.

Die Anfänge der EGKS gehen u. a. auf den französischen Außenminister Robert Schuman zurück, der in seiner Rede über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie am 9. Mai 1950 bereits eine weitreichende Entwicklung entwarf. Die zu schaffende Montanunion, so der französische Politiker zur Neukonstruktion Europas, werde lediglich „den ersten Grundstein einer europäischen Föderation bilden, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist.“ Die Wirtschaftsintegration war

demnach kein Selbstzweck, sondern von Anfang an darauf ausgerichtet, dem immer engeren Zusammenschluss in einem supranationalen Staatenverbund den Weg zu bereiten.

Ausschlaggebend war neben dem sich abzeichnenden Konflikt mit dem Ostblock eine akute Wirtschaftskrise. Es wurde befürchtet, dass durch Arbeitslosigkeit und Hunger in Existenznot geratene Bevölkerungen dem Lockruf des Kommunismus folgen und dem sowjetischen Expansionsdrang Vorschub leisten könnten. Die Vereinigten Staaten, die auf Europa als Handelspartner und wichtigen Absatzmarkt angewiesen waren, drängten die Europäer zu einer Liberalisierung des Handels durch eine Zollunion und zudem eine mächtige supranationale Planungsbehörde. Zu diesem Zweck knüpften sie die Gewährung finanzieller Kredite im Rahmen des Marshallplans an eine stärkere Zusammenarbeit der Staaten untereinander.

Obwohl Frankreich und die Benelux-Länder Zustimmung erkennen ließen, scheiterte die gemeinsame Zollunion vorzeitig am

Widerstand Großbritanniens sowie der skandinavischen Staaten. Sie lehnten zusammen mit Irland und der Schweiz auch die von den USA gewünschte gemeinsame Planungsbehörde mit üppigen Machtbefugnissen entschieden ab. Was im April 1948 folgte, hatte mit der von den Amerikanern favorisierten Gemeinschaftsorganisation nur noch wenig gemeinsam:

Die in Paris ansässige „Organisation for European Economic Cooperation“ war überwiegend beratend tätig, konnte Beschlüsse nur einstimmig fassen und verfügte über einen stark eingeschränkten Gestaltungsspielraum. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder hatte sich somit gegen Eingriffe in die eigene Volkswirtschaft und für den Erhalt der nationalen Souveränität entschieden. Der britische Historiker Alan S. Milward weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bereits die Verhandlungen um Kredite aus dem Marshallplan gezeigt hätten, dass die Europäer dem amerikanischen Wunsch nach wirtschaftlicher Integration und überstaatlichen Institutionen ablehnend gegenüberstanden. Trotzdem er-



Vom Schuman-Plan zur Montanunion
Konferenz in Paris, Juni 1950 - Robert Schuman hält eine Rede vor Journalisten

Frankreich und Deutschland treffen sich zum ersten Mal nach dem Krieg. Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Italien sind mit dabei. Knapp ein Jahr später wurde der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet.

Quelle: Getty Images/Paris Match Archive/Walter Carone/Kontributor

wies sich die OEEC als richtungsweisend, da sie zur Vertrauensbildung und regelmäßigen Zusammenarbeit beitrug. Schnell bestand Einigkeit darüber, dass die existierenden Handelsbeschränkungen abgebaut und der innereuropäische Zahlungsverkehr erleichtert werden müsse, was dann allmählich eintrat.

Die erste Etappe des europäischen Einigungsprozesses hatte offenbart, dass nicht nur unterschiedliche Europa-konzepte, sondern auch gegensätzliche Interessen bestanden. Großbritannien war aufgrund seiner Führungsrolle im Commonwealth und der engen Verflechtungen mit den USA nur an einer Stärkung der intergouvernementalen Zusammenarbeit interessiert, und zwar in einem möglichst lockeren Rahmen. Frankreich verfolgte dagegen das Ziel, den ungezügelten ökonomischen und politischen Wiederaufstieg Westdeutschlands zu verhindern. Dieser erschien unvermeidlich, als Amerikaner und Briten im Mai 1950 die Abschaffung der Produktionsbeschränkungen für deutschen Stahl und eine Revision des Besatzungsstatuts in Aussicht stellten.

Um die französische Industrie zu schützen und einem drohenden Kohlemangel zuvorzukommen, schlug Jean Monnet, der Leiter des französischen Planungsamts, vor, zunächst die deutsch-französische Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde mit verbindlichen Entscheidungen für alle beteiligten Staaten zu unterstellen. Hierdurch wurde der französischen Industrie ein

kontinuierlicher Zugang zur erstklassigen Ruhrkohle ermöglicht und der deutsche Wettbewerbsvorteil ausgeglichen. Schuman griff Monnets Vorschlag auf und präsentierte ihn, wie erwähnt, am 9. Mai 1950 der Öffentlichkeit. Für Konrad Adenauer bot sich mit dem Schuman-Plan zum einen die Möglichkeit, das Ruhrstatut zu annullieren, das die westdeutsche Schwerindustrie 1949 unter die Aufsicht der Westalliierten und der Beneluxstaaten stellte. Zum anderen versprach der Beitritt

zur Montanunion eine Reduzierung der Besatzungsvorgaben und damit mehr Souveränität und Gleichberechtigung für die Bundesrepublik.

Die Verhandlungen über Ziele und Struktur der Gemeinschaft, auch unter Beteiligung der USA, dauerten fast ein Jahr. Am 18. April 1951 unterzeichneten die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die drei Beneluxländer den auf 50 Jahre vereinbarten Vertrag. Die Montanunion diente später als Vorbild für die Integration weiterer Wirtschaftsbereiche im Rahmen der

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die im März 1957 geschaffen wurde und einen größeren Einfluss der einzelnen Mitgliedstaaten im Gemeinschaftssystem vorsah.

Ob der heutige EU-Zentralismus damit noch etwas gemeinsam hat, ist fraglich. Für die Gründungsväter der Montanunion stand jedenfalls fest: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Friedenssicherung müssen nicht gleichbedeutend sein mit der Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität und der eigenen ökonomischen Interessen.



Grafik der Organisation aus dem Jahr 1952 zur Montanunion

Quelle: picture-alliance/dpa | dpa



Bundeskanzler und Außenminister Konrad Adenauer unterzeichnet am 18. April 1951 in Paris den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS – auch Montanunion genannt).

Quelle: picture alliance/dpa | UPI

AfD wirkt: Zentrale Unterbringungseinrichtung verhindert!

2023 hatte die Landesregierung große Pläne für das 4-Sterne-Hotel Van der Valk in Gladbeck. **620 Asylsuchende** sollten laut Absichtserklärung dort untergebracht werden – gemäß Bebauungsplan sogar 1.112 Personen. Beide Dokumente wurden der AfD zugespielt. So wurden auch die Kosten bekannt: **1 Mio. Euro – pro Monat!** Zusammen mit der AfD-Ratsfraktion haben wir den notwendigen Druck aufgebaut, um das Projekt zu verhindern.

Enxhi Seli-Zacharias



Quelle: picture alliance/SvenSimon | Malte Ossowski/SVEN SIMON

Nein zur Bargeldobergrenze!

Die Europäische Union hat sich im Januar auf eine Höchstgrenze von 10.000 Euro für Bargeldzahlungen geeinigt. In Deutschland gibt es aktuell keine solche Grenze. Die AfD lehnt das ab und ist für den Erhalt des Bargelds. **Die Bürger werden sonst leichter kontrollierbar durch den Staat** und immer abhängiger von den Banken. Nicht zuletzt können politisch Andersdenkende einfach wirtschaftlich ausgegrenzt werden, wenn gewisse Zahlungen ohne Konto unmöglich werden!

Dr. Hartmut Beucker

Sozialer Wohnungsbau in NRW kommt an seine Grenzen

Die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau in NRW haben sich **seit 2015 fast verdreifacht**. Und trotzdem entstehen immer weniger Sozialwohnungen. Die Baukosten müssen endlich sinken! Die AfD fordert: Konzentration der Förderung auf Neubau, Wohnheime und Wohneigentum, Streichung der Grunderwerbsteuer für das Familienheim und Steuersenkung für den Mietwohnungsbau, Abbau energetischer Standards und unnötiger Bauvorschriften, mehr serielles Bauen und nicht zuletzt eine Begrenzung der Migration.

Carlo Clemens

Kinderschutz statt Frühsexualisierung

Immmer mehr Kitas in NRW führen sexualpädagogische Konzepte ein, die ‚Doktorspiele‘ und ‚Freiräume‘ zur Entdeckung der kindlichen Sexualität erlauben. Anstatt Kinder vor den Gefahren der damit verbundenen Frühsexualisierung zu schützen, wird diese regelrecht befeuert. Wir als AfD-Landtagsfraktion haben bereits mehrere dieser Konzepte aufgedeckt und werden auch in Zukunft weiter für den Kinderschutz und das Verbot solcher Konzepte kämpfen.

Zacharias Schalley

Dexit – so gefährlich wie der Brexit?



„Studien“ sollten belegen, dass der Brexit (wirtschaftlich 2021 vollzogen) ein Desaster für das Vereinigte Königreich sei und dementsprechend auch ein Dexit zu Wohlstandsverlusten in Deutschland führe. Doch hatten die Studien Recht? Schauen wir in die Realität! Nach dem Übergangsjahr jährliches durchschnittliches Wirtschaftswachstum 2021 bis 2023: UK 4,5 % – Deutschland nur 1,6 % (Quelle: OECD).

Christian Loose



Chancen-Aufenthaltsrecht – was ist das?

Es geht um geduldet Ausreisepflichtige, die sich seit 5 Jahren in Deutschland aufhalten. Statt die Ausreisepflicht umzusetzen, erhalten sie 18 Monate Zeit, um minimale Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht doch noch zu erfüllen, etwa ein Einkommen in Höhe des halben Hartz-4-Satzes zzgl. Mietkosten. Klappt das nicht, fallen sie in den Duldungsstatus zurück – **und bleiben trotzdem**. Im ersten Halbjahr 2023 erfüllten ganze 46 Personen bundesweit(!) die Bedingungen vorzeitig.

Enxhi Seli-Zacharias

Sind Supercaps die Speicherlösung?

Zur Lösung des Speicherproblems schlägt die FDP im Landtag unter anderem sogenannte Superkondensatoren („Supercaps“) vor. Die Berechnungen eines Sachverständigen lassen jedoch aufhorchen. Um eine einzige Gigawattstunde Strom in einem solchen Superkondensator zu speichern, benötigt dieser die Ausmaße eines Würfels mit einer **Kantenlänge von 843 Metern – also 843 x 843 x 843 Meter!** Für die Abdeckung einer Dunkelflaute von einer Woche bräuchte NRW etwa **2.500 dieser Würfel**.

Christian Loose

Fusions- und Kernforschung

Die Energiewende wirft ihre dunklen Schatten voraus. **Die Strompreise steigen weiter kontinuierlich an.** Als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses besuchte ich im Oktober 2023 das Forschungszentrum Jülich, um mich über den aktuellen Stand der Fusions- und Kernforschung zu informieren. Nur die AfD setzt auf ideologiefreie bewährte Technologiekonzepte wie die Kernkraft und auf zukunfts-trächtige Forschungsbereiche wie die Fusionsforschung.

Prof. Dr. Daniel Zerbin

Wenn du verlierst, ändere einfach die Regeln!

Nach diesem Motto verfahren die Altparteien. Der neueste Streich: Anfang 2024 änderten CDU, SPD, Grüne und FDP die Geschäftsordnung des Landtags. Jetzt kann das AfD-freie Landtagspräsidium Geldstrafen verhängen, wenn Abgeordnete „nicht nur geringfügig gegen die parlamentarische Ordnung oder die Würde des Hauses“ verstoßen. Die Bundestags-Strafe gegen Beatrix von Storch, weil sie Tessa Ganserer einen Mann nannte, lässt nichts Gutes erwarten.

Sven W. Tritschler

Blackbox für Neuwagen

Die Blackbox-Pflicht für Neuwagen kommt ab Juli 2024. Diese Geräte sollen kurz vor und nach einem Unfall Daten aufzeichnen und dabei helfen, Unfallhergänge besser zu rekonstruieren. **Es ist unklar**, wie die aufgezeichneten Daten lokal im Fahrzeug gespeichert werden und nicht auch automatisch an eine andere Stelle, etwa den Fahrzeughersteller, gesendet werden. Gerichte können ihre Auslesung beantragen. Da werden wir als AfD genauer hinschauen.

Klaus Esser

SYMBOLFOTO

Schlange vor einem Tafel-Mobil

Quelle: IMAGO/Funke Foto Services



Ehrenamt als Lückenfüller

Ob Tafel, Sportverein oder Pflege: Ehrenamtliche müssen in Bereichen einspringen, aus denen sich der Sozialstaat immer weiter zurückzieht. Im Idealfall sollte die Daseinsvorsorge durch Steuern finanziert werden. Doch die Kassen sind leer. Die Politik spricht daher lieber von Wertschätzung, denn die kostet nichts. Das Engagement der Bürger wird dafür missbraucht, die verfehlte Politik der letzten Jahrzehnte auszubaden.

Andreas Keith

DAS SPUKSCHLOSS AM RHEIN

Es wird immer schlimmer.

... schon über 20 Prozent!

Seit Monaten immer weniger Wählerblut.

Ruhe!

Seit vielen Jahrzehnten schon treffen sich im Thronsaal des Fürsten der Finsternen die Regierigen und teilen ihre Beute unter sich auf – doch seit einigen Jahren herrscht Unfrieden im Reich der Finsternis.

Bei den hier dargestellten Dialogen und Sachverhalten handelt es sich um fiktive, satirische Darstellungen und nicht um tatsächliche Vorgänge bzw. echte Zitate der dargestellten Personen.

Rainer Schmelzer: Vampir, Vizefürst, Sozialblutokratische Partei Deutschlands

Christoph Rasche, Vizefürst, Freie Demokratische Gnome

Berivan Aymaz, Vizefürstin, hat sich vorgenommen, die Geschäftsordnung in diesem Jahr noch zu lesen, Blocksberg 90/Grüne

André Kuper, Fürst der Finsternen, Christlich-Dämonische Union

Special Guest: Jochen Ott, Obervampir in NRW, Insolvenzverwalter der Sozialblutokraten

Ruhe verdammt. Ich eröffne die Sitzung des Rats der Regierigen.

Wir müssen unbedingt über die blauen Ritter reden.

Letztens haben sie mich ausgelacht und mir gesagt, dass ich mir besser schon mal einen Job suchen soll.

Ja, voll gemein!

Jaja, gleich, zunächst begrüße ich unseren Gast von den Sozialblutokraten, er hat ganz dringend um Audienz gebeten.

Danke.

Zu mir meinten sie, ich solle doch mal die Geschäftsordnung lesen.

Idee: Sven W. Tritschler Zeichnungen: Paul Janson

Die Sozialblutokraten leiden. Ihre Mitglieder werden immer älter und ihr Lebenselixier der Wählerstimmen fließt immer knapper.

Seit Wochen kein Wähler-Elixier mehr. Die blauen Ritter gewinnen Wahl um Wahl und für uns bleibt immer weniger.

Wem sagst du das?

Meine Gnomfreunde in Bayern, Sachsen, Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Brandenburg und im Saarland sind schon aus ihren Büros vertrieben worden. Dabei machen wir doch brav immer alles, was die Tagesschau sagt.

Und dieses Jahr wählt der Osten.

Da bekommen wir Ampel-Regierigen richtig auf die Mütze!





HARALD VILIMSKY
DELEGATIONSLEITER DER FPÖ IM EU-PARLAMENT

DEN STAATEN EUROPAS ihre Souveränität und Identität bewahren

Der ‚Kampf gegen rechts‘ ist erfolgreich – zumindest aus unserer Sicht: Die FPÖ liegt seit einem Jahr stabil und deutlich vor ihren Mitbewerbern. Auch bei der EU-Wahl, so sagen es zumindest derzeit die Umfragen, wären wir in Österreich stärkste Partei. Auf EU-Ebene läuft es ähnlich: Die jüngsten Umfragen prognostizieren ein starkes Wachstum unserer ID-Fraktion im Europaparlament. Würde es zu einem Zusammenschluss mit der zweiten Rechtsfraktion, den Europäischen Reformkonservativen, kommen, so wäre Platz 1 in Reichweite. Auch in Deutschland zeichnet sich ein großer Erfolg für unsere Partnerpartei, die Alternative für Deutschland, bei den kommenden EU-Wahlen ab.

Jetzt versucht das System die Notbremse zu ziehen und das Ruder mit fadenscheinigen Anschuldigungen gegen die AfD noch rumzureißen. Wie in den dunkelsten Zeiten ruft der Staat zu Demonstrationen auf, befördert das letzte Aufgebot auf die Straße und zeigt

Bilder von tausenden Menschen, die alle furchtbare Angst vor der AfD haben, aber nicht genau erklären können, warum eigentlich. Dabei spielen vor allem die öffentlich-rechtlichen Medien eine zentrale Rolle, die sich nicht einmal zu blöde sind, auch kleine Kinder vors Mikro zu zerren, die ihre Alpträume vor einer „AfD-Machtergreifung“ beschreiben.

Auch auf Österreich schwappt dieses Framing aus Deutschland über, dass alles, was nicht links ist, im Grunde rechtsextrem sein muss. Auch hier versuchen die Einheitsparteien aus Sozialisten, Konservativen, Grünen und Liberalen gemeinsam mit großen Teilen der Medien die FPÖ und unseren Bundesparteiohmann Herbert Kickl als Rechtsextremisten zu brandmarken. Das ist der panische Versuch, patriotische Parteien auf ihrem Weg zum Erfolg einzudämmen oder zu verhindern.

Gerade auf EU-Ebene will man keine erfolgreiche AfD oder gar

eine wiedererstarke FPÖ. Dabei ist das Erstarken patriotischer Parteien die Rechnung der Bevölkerung für die viel beschworenen ‚europäischen Lösungen‘, die keine Lösungen, sondern Teil des Problems sind. Brüssel hat in der Migrationsfrage völlig versagt. Die Massenzuwanderung nach Europa unter Missbrauch des Asylrechts hält unvermindert an. Kommissionschefin von der Leyen zieht die Union immer weiter in den Ukraine-Krieg und will dafür immer mehr Geld. Die Inflation – angetrieben auch vom ‚Green Deal‘ – belastet die Bürger massiv. Gleichzeitig treiben die Zentralisten ihre Agenda zu Lasten der Mitgliedstaaten gnadenlos voran.

Die EU-Wahl 2024 wird damit zu einer ganz entscheidenden Weichenstellung. Genau davor haben die von der Leyens, die Baerbocks und die Scholzes Angst. Sie haben Angst, dass das Volk ihre zerstörerische Agenda abwählt, Angst davor, ihre Macht zu verlieren. Für die FPÖ und die AfD ist dieser ‚Kampf gegen rechts‘ nur die Bestätigung ihres richtigen Kurses, der ungehindert fortgesetzt wird: den Staaten Europas ihre Souveränität und Identität zu bewahren und den Kurs der Brüsseler Zentralisten endgültig zu beenden.

Selbsteinschätzung



Nutzerbewertung



DESHALB:

JETZT DER Afd SPENDEN:

Bitte geben Sie im **Verwendungszweck** Ihre **Adresse** an, damit wir Ihnen eine **Spendenquittung** zukommen lassen können.

Afd NRW

Bank: **Volksbank Düsseldorf Neuss eG**

IBAN: **DE49 3016 0213 0079 4230 25**

BIC: **GENODED1DNE**

paypal.me/SpendeAfdNRW



Anzeige finanziert durch Dr. Martin **Vincenz**, Sven **Tritschler**, Enxhi **Seli-Zacharias**, Klaus **Esser**, Markus **Wagner**, Christian **Loose**, Carlo **Clemens**, Dr. Hartmut **Beucker**

Dr. Martin Vincenz, Afd NRW, Gladbecker Straße 5, 40472 Düsseldorf

Impressum

11. Ausgabe | Frühjahr/Sommer 2024

Herausgeber: Afd-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Sven W. Tritschler, stellv. Fraktionsvorsitzender
Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf

www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (V.i.S.d.P., Anschrift siehe Fraktionsadresse)

Leseservice: Henning Dornauf, Steffen Postler

Ansprechpartner: Steffen Postler

Tel.: 0211 884 - 4541

Mail: blickwinkel@afd-fraktion.nrw

Autoren: Dr. Hartmut Beucker, Dr. Christian Blex, Carlo Clemens, Klaus Esser, Andreas Keith, Maximilian Kneller, Christian Loose, Iwar Matern, Zacharias Schalley, Enxhi Seli-Zacharias, Sven W. Tritschler, Harald Vilimsky, Dr. Martin Vincenz, Markus Wagner, Prof. Dr. Daniel Zerbin

Bild- und Grafiknachweise:

DTP: A. M.

Fotos: Tobias Ebenberger

Grafiken und

Illustrationen: Paul Janson u. a.

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der Afd-Landtagsfraktion NRW.

Ausgenommen:

Seite 12: IMAGO/imagebroker, Bild-Nr.: 0053279733

Seite 22: IMAGO/Nordphoto, Bild-Nr.: 0413653575

Seite 24: picture alliance/Geisler-Fotopress|Rolf-Peter Stoffels/Geisler-Foto, Medien-Nr.: 422563288

Seite 34: picture alliance/Juergen Feichter/EXPA/picturedesk.com|Juergen Feichter, Medien-Nr.: 40119745

Seite 35: picture alliance/REUTERS|DANILO KRSTANOVIC, Medien-Nr.: 112380422

Seite 36: picture alliance/abaca|Middle East Images/ABACA, Medien-Nr.: 432529399

Seite 43: United Archives GmbH/Alamy Stock Foto, Erich Andres, Bild-Nr.: 2KFAMKH und Getty Images/Paris Match Archive/Walter Carone/Kontributor, Bild-Nr.: 160680278

Seite 44: picture-alliance/dpa|dpa, Medien-Nr.: 23275765

Seite 45: picture alliance/dpa|UPI, Medien-Nr.: 48166051

Seite 46: picture alliance/SvenSimon|Malte Ossowski/ SVEN SIMON, Medien-Nr.: 412834600

Seite 47: IMAGO/Funke Foto Services, Medien-Nr.: 199802325

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweiligen Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Alle Rechte vorbehalten!

Druckauflage: 20.000

Druckerei: pacem druck OHG | Kelvinstrasse 1-3 | 50996 Köln



**JETZT
DAS KOSTENLOSE
BLICKWINKEL-ABO
ABSCHLIESSEN!**

Finden Sie die Alternative.



Sie möchten unser kostenloses Magazin **BLICKWINKEL** abonnieren und in Zukunft nach Hause geschickt bekommen? Dazu bitte einfach die beiliegende Postkarte ausfüllen und an uns zurücksenden.

Sie können unser Magazin auch online abonnieren. Der nebenstehende QR-Code führt Sie direkt auf die Anmeldeseite: afd-fraktion.nrw/blickwinkel